

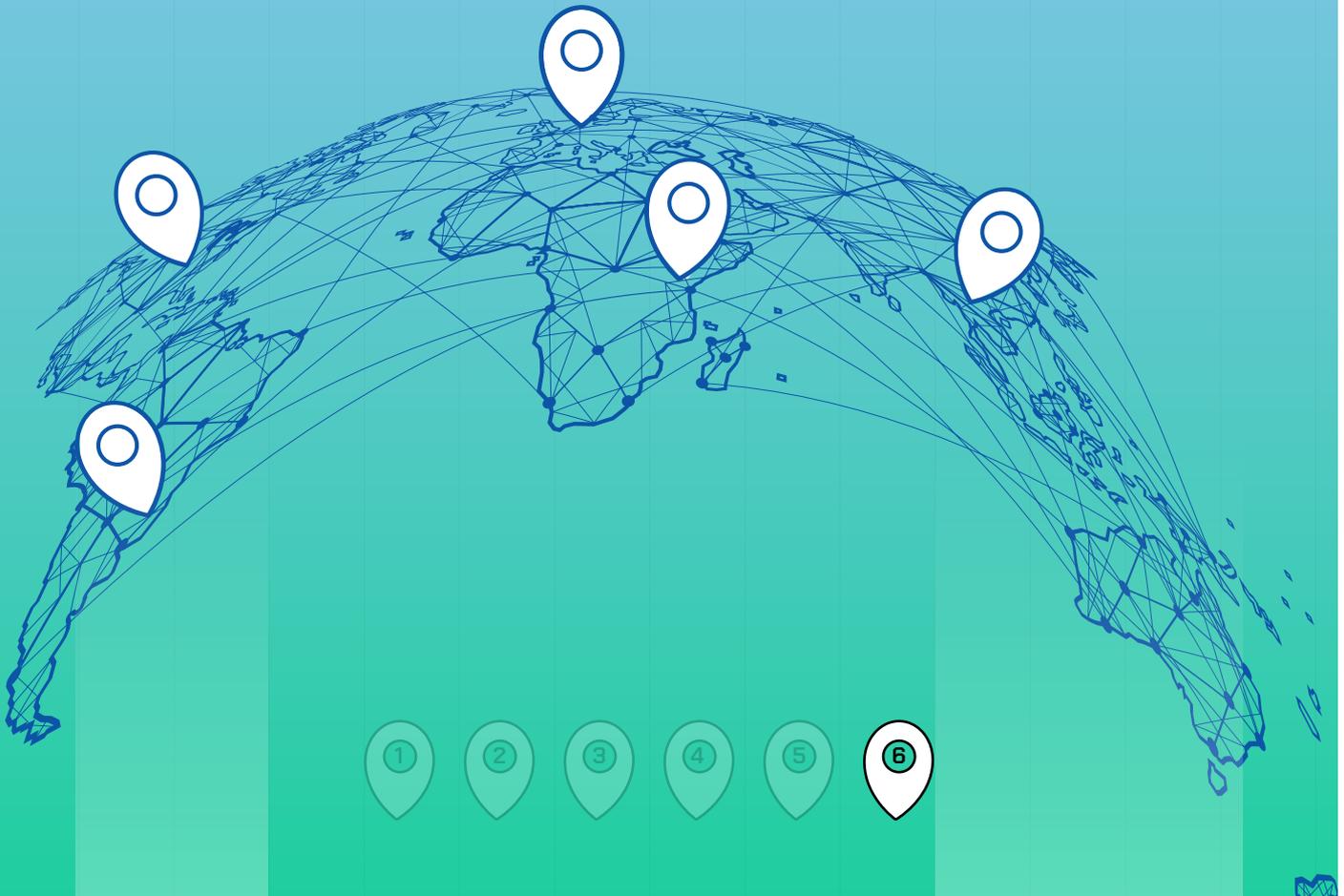
upgrade
democracy

Forschungsreihe: Reinhard Mohn Preis

Staatliche Maßnahmen gegen Desinformation

Auf dem Weg zu einer resilienten und
gesunden Öffentlichkeit

Clara Iglesias Keller, Charlotte Freihse, Cathleen Berger

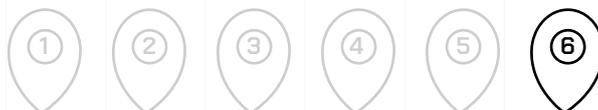
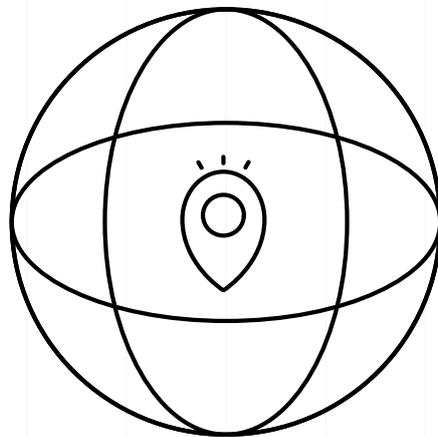


Forschungsreihe: Reinhard Mohn Preis

Staatliche Maßnahmen gegen Desinformation

Auf dem Weg zu einer resilienten und
gesunden Öffentlichkeit

Clara Iglesias Keller, Charlotte Freihse, Cathleen Berger



Dieser Bericht ist Teil einer internationalen Forschungsreihe zum
Thema „Demokratie stärken, Desinformation begegnen“.

Vorwort

Liebe Leser:innen,

um demokratische Werte weltweit zu schützen, müssen wir unseren Umgang mit Desinformation in der digitalen Welt stärken. Zwar besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass verschiedene Akteur:innen auf unterschiedlichen Ebenen gemeinsam handeln müssen, um dieses Problem anzugehen. Es fehlt jedoch ein umfassender Überblick von bestehenden Strategien und Initiativen, ganz zu schweigen von ihrer Wirkung und der Frage, wie diese genau gemessen werden kann.

Im Rahmen des **Reinhard Mohn Preises** – „Demokratie stärken – Desinformation begegnen“ haben wir weltweit Lösungen unter die Lupe genommen und nach beispielhaften Modellen und innovativen Ansätzen gesucht, um Desinformation zu begegnen. Unser Ziel war es, einen Einblick in das Wo, Wie und Warum von Desinformationen zu bekommen und entsprechend zu reagieren. Überall gibt es unzählige erfolgreiche, effektive Beispiele von Einzelpersonen, Initiativen und Organisationen, die sich der Bekämpfung von Desinformation verschrieben haben. Wir wollten zum einen von ihnen lernen und zum anderen unser wechselseitiges Lernen fördern.

Diese Serie – bestehend aus sechs Berichten aus den Regionen Afrika, Asien-Pazifik, Europa, Nord- und Lateinamerika sowie einem globalen Überblick über staatliche Maßnahmen zum Umgang mit Desinformation – fasst unsere Ergebnisse zusammen. Hierbei liefern wir nicht nur wichtige Erkenntnisse, sondern leiten umsetzbare Empfehlungen ab. Die Berichte könnten deutlicher nicht sein: Wir können alle voneinander lernen. Von den technologiegestützten Fact-Checking-Ansätzen von **Chequeado** (Argentinien) oder **Aos Fatos** (Brasilien) über das Community-basierte Debunking von **JamiiCheck** (Tansania) oder dem von **Real411** (Südafrika) betriebenen Rapid-Response-Mechanismus, bis hin zu den eindrucksvollen Medienkompetenztrainings von **Fact Shala** (Indien) und **Mafindo** (Indonesien) – es gibt so viel Wissen, dass wir ganze Bücher darüber schreiben könnten. Wir laden euch ein zum Entdecken, zum Lernen und sich inspirieren lassen. Denn es gibt sie, die Hoffnung für ein gesünderes Informationsökosystem – dank der Bemühungen aller, denen wir begegnet sind.

Abschließend möchten wir den fantastischen Autor:innen dieser Berichte sowie allen Expert:innen, die an unseren Workshops in Nairobi, Bangkok, Buenos Aires, Washington D.C. und Brüssel teilgenommen haben, unseren tiefsten Dank aussprechen. Euer Fachwissen und euer Engagement für die Stärkung der Demokratie – unabhängig von den jeweiligen Herausforderungen – haben diese Reihe so aufschlussreich und besonders gemacht.

Herzlichst,



Cathleen Berger



Charlotte Freihse

Inhaltsübersicht

Vorwort	3
Zusammenfassung	5
1. Demokratien unter Druck: Welche Rolle spielen Staaten bei der Förderung einer gesunden Öffentlichkeit?	8
2. Desinformation und die Öffentlichkeit: Kontroverse Wirkungen	11
3. Die Rolle des Staates	13
4. Staatliche Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Öffentlichkeit: Eine Typologie	16
4.1 Entschärfung falscher Informationen	19
4.2 Regulierung digitaler Intermediäre	21
4.3 Förderung von Transparenz und Qualität in der Regierungskommunikation	23
4.4 Stärkung des Medienpluralismus und des professionellen Journalismus	25
4.5 Schaffung öffentlicher Einrichtungen	27
5. Politische Risiken minimieren	30
Der Schlüssel dazu: Umfassende, vernetzte Gegenmaßnahmen	32
Referenzen	33
Anhang	42
Impressum	47

Zusammenfassung

Resiliente Demokratien brauchen eine gesunde Öffentlichkeit. In den letzten Jahren nahm der Druck auf Regierungen immer weiter zu, steuernd tätig zu werden. Sie müssen einerseits die Rechte ihrer Bürger:innen, wie freie Meinungsäußerung und Teilhabe, garantieren und andererseits böswillige Einmischungen und Angriffe abwehren. Dieser Druck ist zwar nicht auf den digitalen Bereich beschränkt, wird aber durch unser zunehmend digitalisiertes Umfeld verschärft. Die digitalen Räume, in denen Menschen auf der ganzen Welt sich gegenseitig folgen, lesen, engagieren, diskutieren, sich beteiligen und den öffentlichen Diskurs gestalten, sind zum großen Teil private Plattformen. Dort versuchen digitale Desinformationskampagnen mit maßgeschneiderten Botschaften, Meinungen von Menschen zu manipulieren und diese in ihren Entscheidungen zu beeinflussen. Dies hat weitreichende Auswirkungen auf die Rolle von Regierungen und die staatlichen Maßnahmen, die in den Diskurs in diesen Bereichen eingreifen, sich einmischen und/oder ihn beeinflussen. Aus diesem wollten wir beleuchten, wie verschiedene Regierungen mit diesen Herausforderungen umgehen und welche Maßnahmen ergriffen werden, um Desinformationen entgegenzuwirken und/oder den öffentlichen Diskurs, insbesondere digital, zu stärken.

- In diesem Bericht haben wir 66 staatliche Initiativen aus 17 Ländern untersucht. Das Bild, das sich dabei ergab, ist vielschichtig; die Botschaft allerdings klar: Staaten müssen einen umfassenden Ansatz zum Umgang mit Desinformation und zur Stärkung des öffentlichen Diskurses wählen.
- „Desinformation“ meint falsche Informationen, die mit der Absicht verbreitet werden, Schaden anzurichten. Bei der Identifikation von staatlichen Maßnahmen für diesen Bericht, haben wir auch Gegenmaßnahmen gegen „Fehlinformationen“ berücksichtigt, d. h. Falschinformationen, die versehentlich oder unfreiwillig verbreitet werden (engl. „Misinformation“).
- Obwohl Desinformation ein globales Problem ist, nimmt sie in verschiedenen politischen und sozialen Kontexten unterschiedliche Formen an. Sie können gestreut werden, um politische Gegner zu verfolgen und abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen, wie die UN-Berichterstatterin für Meinungsfreiheit Irene Khan am Beispiel Ägyptens und der Türkei darlegte (siehe [Kapitel 3](#)). Sie können eingesetzt werden, um Regierungen anzugreifen, oder sie können von Regierungen selbst im Umlauf gebracht werden, um demokratische Institutionen anzugreifen (siehe Brasilien, [Kapitel 4.3](#)). Im Kontext von Kriegen kommen Bedenken hinsichtlich ausländischer Einflussnahme und Risiken für die Cyber- und nationale Sicherheit auf (siehe z. B. Moldau in [Kapitel 4.1](#), [4.4](#) und die Vereinigten Staaten (USA) und Kanada in [Kapitel 4.5](#)).
- Es gibt kein Patentrezept, um all die Feinheiten und die unterschiedlichen Dynamiken von Desinformationskampagnen anzugehen und wirksam zu bekämpfen. Daher ist es wichtig, zwei Prämissen zu berücksichtigen, wenn man über die Rolle der Staaten bei der Bekämpfung von Desinformation nachdenkt: Erstens muss es immer Raum für eine Debatte über die „Wahrheit“ geben. Auch wenn dies allein nicht ausreicht, ist es wichtig, Gegennarrative zu fördern und Bürger:innen Informationen und Räume zu bieten, in denen sie sich am öffentlichen Diskurs beteiligen können. Zweitens muss das Problem umfassend, d. h. mit einer Vielzahl von miteinander verknüpften Maßnahmen angegangen werden. Ein solche

umfassender Ansatz zum Umgang mit Desinformationen muss auch die soziopolitischen Umstände berücksichtigen, unter denen sie gedeiht.

- Wir haben verschiedene politische Optionen analysiert und unser Mapping in fünf Dimensionen unterteilt, die jeweils nach ihrem jeweiligen Ziel geordnet sind: (1) Entschärfung von Falschinformationen, (2) Regulierung digitaler Intermediäre, (3) Förderung von Transparenz und Qualität staatlicher Kommunikation, (4) Stärkung des Medienpluralismus und des professionellen Journalismus, (5) Aufbau von öffentlichen Einrichtungen. Dieser Bericht beschreibt die jeweilige Kategorie und verweist auf ausgewählte Beispiele, die die Maßnahmen in jeder Kategorie veranschaulichen (vollständige Liste in Anhang I).
- Zur Veranschaulichung:
 1. **„Entschärfung von Falschinformationen“** befasst sich mit der inhaltlichen Dimension der Desinformation. Beispielhafte Maßnahmen in dieser Kategorie zielen darauf ab, Falschinformationen in der öffentlichen Debatte zu korrigieren und ihre möglichen Auswirkungen zu mildern, einzudämmen oder zu bestrafen. Maßnahmen in dieser Kategorie wurden in Argentinien, Australien, Brasilien, Kanada, Chile, Deutschland, der EU, Frankreich, Israel, Kenia, Malawi, Nigeria, den Philippinen, Singapur, Taiwan und den USA gefunden.
 2. **„Regulierung digitaler Intermediäre“** beschreibt spezifische Maßnahmen zur Bekämpfung digitaler Desinformation u.a. auf sozialen Plattformen und in Messaging-Apps. Dies kann sowohl rechtliche Rahmenbedingungen als auch Soft-Law-Instrumente wie Ko-Regulierung oder Kooperationsvereinbarungen umfassen. Maßnahmen in dieser Kategorie fanden sich in Argentinien, Brasilien, Deutschland, der EU, Frankreich, Israel, Kenia, Nigeria, Singapur, Taiwan und dem Vereinigten Königreich.
 3. **„Förderung von Transparenz und Qualität in der staatlichen Kommunikation“** befasst sich mit Maßnahmen zur Förderung der Transparenz demokratischer Regierungen sowie mit Maßnahmen, die auf Kommunikation und Vertrauen in Informationen ausgerichtet sind. Maßnahmen in dieser Kategorie fanden sich in Argentinien, Australien, der EU, Moldau, Singapur und dem Vereinigten Königreich.
 4. **„Stärkung des Medienpluralismus und des professionellen Journalismus“** untersucht Maßnahmen zur Verbesserung oder Aktualisierung der Praktiken und Vorschriften für Medien und Journalismus, auch im Hinblick auf technologische Entwicklungen. Maßnahmen in diesem Bereich sind nicht so weit verbreitet und wurden vor allem in Australien, der EU und Moldau gefunden.
 5. **„Aufbau öffentlicher Einrichtungen“** befasst sich mit neuen Behörden oder Institutionen, die mit verschiedenen Aspekten der Desinformationsbekämpfung betraut sind. Maßnahmen in dieser Kategorie gab es in Argentinien, Chile, der EU, dem Vereinigten Königreich und den USA.
- Insgesamt handelt es sich bei Desinformationen um ein globales Phänomen, deren Narrative und Verbreitungsstrategien jedoch stark vom jeweiligen Kontext abhängen. In Ländern wie Moldau und den USA veranlasste die Bedrohung durch die russische Kriegsführung die jeweiligen Regierungen dazu, Desinformation als nationales Sicherheitsproblem darzustellen. In Brasilien wurden unter dem ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro Desinformationskampagnen von der Regierung selbst verbreitet und heute konzentriert sich ein erheblicher Teil der brasilianischen Gegenmaßnahmen auf den Wahlprozess. Dies bedeutet, dass verschiedene Regierungen die verfügbaren Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Öffentlichkeit gegen unterschiedliche Rechtsgüter abwägen. Gleichzeitig sollten

die in einem bestimmten Land ergriffenen Initiativen nicht ohne eine vorherige kritische Betrachtung der möglicherweise unterschiedlichen Erfahrungen in anderen Ländern nachgeahmt werden. Unsere Analyse zeigt auch, dass Regierungen des gesamten demokratisch-autoritären politischen Spektrums Maßnahmen zum Umgang mit Desinformation ergreifen, was wiederum bedeutet, dass die Motive, sich mit Desinformation zu befassen, unterschiedlich sind – und dass nicht alle versuchen, eine gesunde Öffentlichkeit zu schaffen oder zu fördern.



1 Demokratien unter Druck: Welche Rolle spielen Staaten bei der Ausgestaltung einer gesunden Öffentlichkeit?

Eine demokratische Debatte kann nur dann gedeihen, wenn Grundrechte geschützt werden, Bürger:innen sich aktiv beteiligen und die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass alle Bürger:innen beides genießen können. Der öffentliche Diskurs muss frei sein und eine Vielzahl von Meinungen zulassen, gleichzeitig müssen Menschen vor Schaden wie Diskriminierung und böswilliger Manipulation geschützt werden. Die Ausgestaltung einer gesunden „Öffentlichkeit“ – d. h. der Diskursräume, in denen Menschen über Themen von öffentlichem Interesse debattieren, in denen politische Visionen und Ergebnisse diskutiert werden und in denen letztlich die politische Macht geformt wird¹ – ist eine komplexe Aufgabe für Regierungen.

Die vorsätzliche Manipulation von Informationen ist keine neue Herausforderung für Demokratien, aber ihre Dringlichkeit hat zugenommen. Nach dem Brexit-Referendum im Vereinigten Königreich 2016 lenkten eine Reihe von Wahlvorgängen die Aufmerksamkeit der Welt auf die absichtliche und massive Verbreitung von, vorwiegend digitalen, Falschinformationen. Diese Ereignisse warfen ein Schlaglicht auf die Verwendung personenbezogener Daten, die von digitalen Intermediären und Social-Media-Plattformen für Werbezwecke gesammelt wurden und gepaart mit algorithmischer Kuratierung und Microtargeting-Techniken auch Desinformationen in die Hände spielen. Desinformation wurde zu einem vertrauten Bestandteil von Debatten rund um Wahlen. Ob es um die öffentliche Gesundheit, die Klimakrise, Kriegsführung, Religion, Geschlechtsidentität oder sogar als Merkmal von Bewegungen geht, die direkte Angriffe auf demokratische Institutionen fördern (wie die Unruhen im US-Kapitol im Januar 2021) – Desinformation ist ein dynamisches Phänomen. Sie ist in der heutigen Politik fest verankert, mit ständig wechselnden Narrativen und Zielen, was es extrem schwierig macht, gegen sie vorzugehen.

Desinformationskampagnen zielen häufig darauf ab, den Diskurs in der Öffentlichkeit zu manipulieren, zu polarisieren und zu spalten – eine Dynamik, die in ihrer digitalen Form an Geschwindigkeit und Umfang zugenommen hat. Trotz der zweifelhaften Beweise für ihre Auswirkungen stehen Demokratien und Grundrechte auf dem Spiel – und zwar in zunehmendem Maße. Dies zwingt Regierungen auf der ganzen Welt zum Handeln, wobei viele von ihnen eine Vielzahl von regulatorischen und/oder politischen Ansätzen erwägen. In der Europäischen Union (EU) beispielsweise erkennt das Gesetz über digitale Dienste (engl. Digital Services Act, DSA) soziale Plattformen als öffentliche Räume an, die bei der Gestaltung des demokratischen Diskurses eine herausgehobene Rolle spielen. Aus diesem Grund sind digitale Dienste verpflichtet, die Transparenz zu erhöhen und eine Reihe von Verantwortlichkeiten zu übernehmen,

1 Für eine akademische Diskussion über das wissenschaftliche Konzept der Öffentlichkeit siehe Craig Calhoun (org.). *Habermas and The Public Sphere*. MIT Press: London. 1992.

unter anderem für die Moderation schädlicher Inhalte. Der DSA ist daher derzeit einer der weitreichendsten Versuche, einen Rechtsrahmen für die Steuerung von Social-Media-Plattformen vorzugeben. Seine Umsetzung und Durchsetzung wird im Jahr 2024 auf die Probe gestellt werden.

Weltweit werden digitale Dienste als wichtige Akteur:innen betrachtet, da ihre Infrastrukturen in Privatbesitz eine schnelle und umfassende Verbreitung von Inhalten ermöglichen. Die Entwicklung von Anwendungen der künstlichen Intelligenz (KI) schürt diese Bedenken weiter, da generative KI (Gen AI) die Produktion und Verbreitung von Text-, Audio-, Bild- und Videoinhalten ermöglicht, die Menschen täuschend echt nachahmen und es noch schwieriger machen, Desinformationen zu entlarven (Chesney et al. 2019, 1757). Dennoch haben kritische Studien zu diesem Thema gezeigt, dass andere mächtige Akteure, wie traditionelle Medien und Regierungen, eine wichtige Rolle bei der Replikation und Verbreitung manipulierter Informationen im öffentlichen Raum spielen (Hofmann 2024; Miró-Llinares und Aguerri 2023).

Je nach politischem Kontext können Gegenmaßnahmen unterschiedliche Formen annehmen. Sie können zum Beispiel entweder darauf abzielen, die Gesellschaft vor der Einflussnahme autoritärer Regierungen zu schützen oder versuchen, staatliche Institutionen vor Angriffen der politischen Opposition zu schützen, wie es in Brasilien unter der Regierung von Jair Bolsonaro (2018 – 2022) und in den USA unter Trump (2016 – 2020) der Fall war. In anderen Kontexten sind die Gegenmaßnahmen eng mit Cybersicherheit verbunden, insbesondere in Zeiten der Kriegsführung (vgl. Moldau in [Kapitel 4.1, 4.3, 4.4](#)).

Es ist ohne Frage zentral, dass Regierungen und staatliche Akteure ihren Teil zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen – wie genau, in welcher Form und Rolle, bleibt jedoch ein Diskussionspunkt. Es kann nicht genug betont werden, dass staatliche Maßnahmen sorgfältig abgewogen werden müssen, da die Gefahr besteht, die Meinungsfreiheit zu verletzen. Regierungen können sogar selbst zu Tätern von Desinformation werden. Um das Verständnis für mögliche Gegenmaßnahmen gegen Desinformation zu erweitern, untersucht dieser Bericht ein Repertoire an kürzlich durchgeführten staatlichen Maßnahmen.² Wir stellen politische Optionen vor, beleuchten ihre Gemeinsamkeiten und Widersprüche und zeigen, wie sich diese Initiativen in verschiedenen politischen Kontexten entfalten.

Unsere Bestandsaufnahme macht deutlich, dass es kein Patentrezept gibt. Stattdessen müssen Gegenmaßnahmen umfassend sein und über die Eindämmung von Falschinformationen hinausgehen, um den öffentlichen Diskurs auf allen Ebenen zu fördern: Bildung, Medienpluralismus, Steuerung digitaler Dienste, staatliche Transparenz, Investitionen und spezialisierte Verwaltungsorgane, um nur einige zu nennen.

Im Folgenden stellen wir eine Auswahl von 66 staatlichen Maßnahmen aus 17 Ländern auf fünf verschiedenen Kontinenten vor. Wir unterteilen diese Maßnahmen nach fünf Dimensionen,

2 Siehe z. B. Online-Repositories wie den „A guide to anti-misinformation actions around the world“ des Poynter Institute. Verfügbar unter: <https://www.poynter.org/ifcn/anti-misinformation-actions/>. Zugriff am: 10 Jan. 2020; die Law Library of Congress Reports „Initiatives to Counter Fake News in Selected Countries“. Abrufbar unter: <https://digitalcommons.unl.edu/scholcom/179/>. Zugriff am: 06 Jun. 2021; und „Government Responses to Disinformation on Social Media Platforms“. Verfügbar unter: <https://digitalcommons.unl.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1180&context=scholcom>. Zugriff am: 06 Jun. 2021; und (Carson und Fallon 2021).

geordnet nach dem Ziel, das sie inspiriert hat:

1. Entschärfung falscher Informationen;
2. Regulierung digitaler Intermediäre;
3. Förderung der Transparenz und Qualität von staatlicher Kommunikation;
4. Stärkung des Medienpluralismus und des professionellen Journalismus; und
5. Aufbau von öffentlichen Einrichtungen.

Das Ergebnis ist eine illustrative Liste staatlicher Maßnahmen, die verschiedene Elemente der Ausgestaltung von Öffentlichkeit ansprechen. Wir leiten daraus qualitative Erkenntnisse über die Instrumente ab, die demokratischen Staaten zur Verfügung stehen, um einen umfassenden Ansatz zum Aufbau gesunder öffentlicher Räume zu verfolgen, der beides erreicht: die Förderung von Freiheit und Bürger:innenrechten sowie die Bekämpfung von Desinformation.

Die folgenden Kapitel befassen sich mit dem Konzept von Desinformation (2), der Rolle von Staaten in einem Multi-Stakeholder-Umfeld (3) und den von uns ermittelten Kategorien staatlicher Maßnahmen (4). Schließlich werden in [Kapitel 5](#) erste Leitlinien für politische Entscheidungsträger:innen angedacht.

2 Öffentlichkeit und Desinformation: Kontroverse Auswirkungen

Es gibt zahlreiche Studien dazu, was Desinformation ist und wie sie funktioniert. Ihre Merkmale, Auswirkungen und das Potenzial verschiedener Gegenmaßnahmen sind jedoch unter Expert:innen nach wie vor umstritten. Die Kontroversen beginnen bereits auf der begrifflichen Ebene. Der Begriff *Desinformation* wird gemeinhin für die absichtliche Verbreitung falscher Informationen verwendet, um Schaden anzurichten. Im Gegensatz dazu ist *Fehlinformation* die zufällige oder unfreiwillige Verbreitung von falschen Informationen (Wardle et al. 2017, Bernhard et al. 2024). Es gibt auch Forscher:innen, die „Desinformation“ als Oberbegriff verwenden, der alle Inhalte erfasst, die „falsch sind und das Potenzial haben, Schaden zu verursachen“ (Cipers et al. 2023, 4). Dazu gehören dann Fehlinformationen sowie Desinformationen als auch „Fake News“, ein Begriff, der zu einer rhetorischen Waffe geworden ist, um Journalismus zu diskreditieren.³ In der Bewertung von Handlungsoptionen für Staaten spielt die Absicht oder Intention eine Rolle, wenn es beispielsweise darum geht, Einzelpersonen für Desinformationspraktiken strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Neue strafrechtliche Sanktionen oder die Aktualisierung bestehender strafrechtlicher Vorschriften für Personen, die Desinformationen erstellen und verbreiten, ist trotz der Risiken für die Redefreiheit ein oft genutzter Ansatz von staatlichen Akteuren. In anderen Kontexten ist der Vorsatz untergeordnet, beispielsweise um zu verstehen, wie sich falsche und manipulierte Nachrichten auf Einzelpersonen, Institutionen und unsere Öffentlichkeit auswirken. Aus Gründen der Klarheit und der Analyse ist diese begriffliche Unterscheidung wichtig und wir legen mehr Gewicht auf *Desinformation*, d. h. auf Inhalte, die mit der Absicht verbreitet werden, Schaden anzurichten. Da wir jedoch einen umfassenden Ansatz für eine gesunde Öffentlichkeit suchen, umfasst unsere Analyse zum Teil auch staatliche Maßnahmen, die keine dezidierte Unterscheidung von absichtlich verbreitet oder nicht vornehmen.

Eine wissenschaftliche Uneinigkeit spiegelt sich auch im Bereich der tatsächlichen Auswirkungen von *Desinformationen* wider und bezieht sich auf die unterschiedliche Einschätzung ihrer Bedrohlichkeit. Entgegen einem ersten Eindruck hat die Empirie gezeigt, dass Menschen *Desinformationen* in der Regel nicht verbreiten, weil sie daran glauben, sondern um ihre Identität auszudrücken und ein Publikum zu erreichen (Mourão and Robertson, 2019). Zwar kann dadurch die Integrität einer fairen Wahldebatte gefährdet werden, doch scheint die Befürchtung, dass *Desinformation* Wahlen beeinflussen könnte, in Fällen unbegründet, in denen die Präferenzen der Wähler:innen meist über die Zeit hinweg stabil bleiben (Lorenz-Spreen et al. 2022). In der akademischen Forschung gibt es Kontroversen darüber, ob wir in einer *Desinformations-*„Epidemie“ leben, da einige Studien darauf verweisen, dass „die Mehrheit der Menschen in ihrem Alltag selten oder nie mit *Desinformation* in Berührung kommt“ (Hofmann 2024; Boberg et al.

3 Neben dieser von uns angenommenen Definition gibt es in der Literatur viele unterschiedliche Auffassungen des Begriffs „Fake News“. In diesem Bericht vermeiden wir die Verwendung des Begriffs, weil er im öffentlichen Diskurs zu oft als rhetorisches Mittel zum Angriff oder zur Diskreditierung politischer Gegner:innen eingesetzt wird.

2020; Grinberg et al. 2019), oder dass ihre Popularität besonders in rechten und populistischen Strömungen relevant ist (Humprecht et al. 2021). Andere repräsentative Erhebungen weisen jedoch darauf hin, dass Verwirrung und Unsicherheit über den Wahrheitsgehalt von Informationen zunehmend weitverbreitet sind (Bernhard et al. 2024).

Generell wird befürchtet, dass demokratische Prozesse und die Integrität des öffentlichen Raums beeinträchtigt werden. *Desinformation* ist aus verschiedenen Gründen „grundlegend schädlich für gut funktionierende Demokratien“ (Karpf 2019). Sie kann das Vertrauen in Institutionen untergraben und autoritären Politiker:innen die Möglichkeit geben, gesellschaftliche und institutionelle Kontrollen ihrer Macht zu umgehen (Iglesias Keller et al. 2022). In diesem Zusammenhang werden Desinformationsstrategien mit populistischen Bewegungen in Verbindung gebracht, da diese tendenziell segmentierte Narrative schaffen, die die Massen ansprechen (Hofmann 2024, 22). Über staatliche Institutionen hinaus könnten Menschen den etablierten Medien und dem professionellen Journalismus sowie ihrer Zuverlässigkeit bei der Berichterstattung über wichtige politische Auseinandersetzungen und der Rechenschaftspflicht gegenüber der Macht misstrauen. Die Verbreitung falscher und manipulierter Informationen kann auch die etablierten Verfahren zur Produktion und Legitimierung von Informationen und Wissen in einer Demokratie schwächen (Hofmann 2024). Was passiert, wenn Menschen absichtlich Beweise missachten und wissenschaftliche Methoden an Glaubwürdigkeit verlieren? Letztlich können *Desinformationen* die Idee einer gemeinsamen Realität behindern sowie die kollektiven Prozesse, durch die Gesellschaften geformt und entwickelt werden, unterwandern.

3 Die Rolle des Staates

Da es sich bei *Desinformation* um ein vielschichtiges Phänomen handelt, kann sie nicht von einer einzelnen Einrichtung isoliert bekämpft werden. Vielmehr ist ein kollaborativer Ansatz erforderlich, bei dem mehrere Akteur:innen ihre jeweiligen Rollen und Pflichten wahrnehmen, darunter die Zivilgesellschaft, die Wissenschaft, der Privatsektor (insbesondere Plattformanbieter) und die Medien (Berger et al. 2023, 9).

Zusammen mit diesen verschiedenen Akteuren sind Regierungen in der entscheidenden Position, Schutzmaßnahmen und Anreize zu schaffen, um sicherzustellen, dass die öffentliche Debatte fair, sicher und inklusiv ist – eine Voraussetzung für gesunde Demokratien. Der Umgang mit Desinformation ist ein wichtiger Teil dieser Aufgabe, der in kritischen Momenten wie dem Jahr 2024, in dem weltweit mehr als 70 Wahlen stattfinden, in den Vordergrund rückt.

Und doch stellen wir fest, dass die Ausgestaltung einer gesunden Öffentlichkeit nicht der einzige Grund für Regierungen ist, in diesem Bereich Strategien vorzulegen. In der wissenschaftlichen Literatur über Gegenmaßnahmen werden mehrere Fälle beschrieben, in denen die „Bekämpfung von Desinformation“ als Deckmantel für die Umsetzung von (digitalen) Maßnahmen dient, die darauf abzielen, staatliche Narrative durchzusetzen und abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen. Die UN-Berichterstatterin für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Irene Khan, hat den Missbrauch von Gesetzen festgestellt, die *Desinformation* in weiten rechtlichen Kategorien kriminalisieren, um Journalist:innen und Aktivist:innen in der Türkei, Ägypten und Bangladesch zu verfolgen. Laut Khan haben diese Maßnahmen wiederholt zu Verhaftungen geführt, wobei es in einigen Fällen zu Folter und sogar zum Tod in der Haft gekommen sein soll (Khan 2021, 11). Die Kriminalisierung von *Desinformation* wird üblicherweise mit autoritären Kontexten in Verbindung gebracht (Iglesias Keller 2021, 508; Cipers et al. 2023, 3), während „Demokratien mit einem hohen Maß an Pressefreiheit einen ganzheitlicheren Ansatz verfolgen (...) und sich vergleichsweise stärker auf die Integrität ihrer Wahlprozesse, Medien und Bildungsinitiativen konzentrieren“ (Cipers et al. 2023, 3). Extreme Fälle aus autoritären Kontexten veranschaulichen die Gefahren der Regulierung von *Desinformation* durch Kriminalisierung, und die Warnung sollte von allen Ländern, auch Demokratien, ernst genommen werden. Wie wir in diesem Bericht zeigen, variieren die Einschränkungen des Rechts auf freie Meinungsäußerung und werden manchmal als gerechtfertigte Maßnahmen gegen *Desinformation* in einer Vielzahl von Kontexten angepriesen (siehe Kapitel 4.1).

Es ist nach wie vor eine Herausforderung, wirksame Mechanismen zu finden, die ein Gleichgewicht zwischen der Abschwächung der schädlichen Auswirkungen von *Desinformation* und der Redefreiheit, dem Schutz der Privatsphäre und den Rechten von Minderheiten (neben vielen anderen) herstellen. Eng gefasste Strategien oder die Konzentration auf ausgewählte Maßnahmen stoßen oft an Grenzen. Fact-Checking ist ein Beispiel, das häufig hervorgehoben wird: Können Richtigstellungen Menschen wirklich helfen, ihre falschen Ansichten zu korrigieren oder sie davon abhalten, *Desinformationen* weiterzugeben (Batista Pereira et al. 2022; Barrera et al. 2020)? Während der Covid-19-Pandemie war Fact-Checking unbestreitbar ein wichtiger Bestandteil der Strategien im Bereich der öffentlichen Gesundheit, die sich auf die Verbreitung

wissenschaftlich gesicherter Informationen über das Virus und mögliche Behandlungen konzentrierten. Gleichzeitig werden durch Fact-Checking Aspekte wie Informationsverzerrungen oder mangelnde wissenschaftliche Kenntnisse nicht berücksichtigt. Darüber hinaus hängt die Wirkung von Fact-Checking auch von der Form ab, in der alternative Narrative präsentiert werden, sowie von den jeweiligen Zielgruppen, wobei einige demografische Gruppen empfänglicher sind als andere (Bateman und Jackson 2024).

Ein weiteres Beispiel dafür, warum wir ineinandergreifende Maßnahmen brauchen, ist das EU-Gesetz über digitale Dienste (DSA). Der DSA gibt digitalen Plattformen eine Reihe von Verpflichtungen vor, darunter Anforderungen an Transparenz und ordnungsgemäße Verfahren, Risikobewertungen und die Einführung von Krisenprotokollen. Er führt eine Reihe rechtlicher Mechanismen ein, um digitale Plattformen zur Rechenschaft zu ziehen und den Fluss von Inhalten – einschließlich *Desinformationen* – auf ihren Plattformen besser zu verstehen. Dennoch muss die Wirksamkeit des DSA erst noch getestet werden, und ein Faktor für Skepsis ist sein Potenzial, die Verbreitung von *Desinformationen* im Internet einzudämmen. Einerseits drehte sich ein Großteil der parlamentarischen Debatte zum DSA um Desinformation. So veröffentlichte die Generaldirektion der Kommission für Information, Kommunikation und Technologien kurz nach Inkrafttreten des DSA eine Studie zur Risikobewertung russischer Desinformationskampagnen, in der sie einen direkten Bezug herstellte (Europäische Kommission 2023, 7). Andererseits müssen die von der DSA vorgesehenen Umsetzungsverfahren und -mechanismen noch ausgefeilt werden. Es gibt auch Bedenken über die Rolle und (zu) große Reichweite der EU bei der Definition von Standards für globale Plattformen (d. h. Tendenz eines „Counter-Brussels“-Effekts). Darüber hinaus dürfen die (europäischen) Entscheidungsträger:innen die Offline-Dimensionen von Desinformationskampagnen nicht aus den Augen verlieren.

In der Abwägung, wie Staaten dieses sensible Szenario angehen sollten, ist es wichtig, zwei Prämissen zu berücksichtigen:

1. **Raum für die Debatte über die „Wahrheit“ schaffen:** Demokratien müssen Raum für die Diskussion über die „Wahrheit“ bieten. Daher ist es wichtig, Gegenargumente zu erlauben und der Gesellschaft Informationen und Räume zu bieten, um sich an dieser Diskussion zu beteiligen. Dies bedeutet nicht nur den Schutz der Meinungsfreiheit und die Gewährleistung der politischen Teilhabe, sondern auch die Förderung einer Politik, die Kontrollen und Ausgleiche vorsieht, ohne die Debatte einzuschränken. Da Desinformationen mit tieferen soziopolitischen Umständen zusammenhängen, reicht es bei weitem nicht aus, lediglich Falschinformationen zu bekämpfen, um der Herausforderung angemessen zu begegnen.
2. **Das Problem auf systemischer Ebene angehen:** Viele der erforderlichen Anstrengungen, um die Herausforderungen unseres (digitalen) Informationsökosystems zu bewältigen, haben nichts mit Desinformation zu tun. In einigen Fällen müssen neue Paradigmen angegangen werden, z. B. durch den Ausbau der Konnektivität und die Begrenzung der Macht (globaler) Unternehmen (wie digitaler Plattformanbieter). In anderen Fällen müssen Institutionen und Praktiken, die seit langem unsere Öffentlichkeit prägen, aufgewertet werden, was Investitionen in Medienpluralismus und professionellen Journalismus sowie die Verbesserung der Qualität von und des Zugangs zu Informationen, die von Regierungen stammen, erfordert. Diese Maßnahmen beziehen sich z. B. auf die diagnostizierte Notwendigkeit eines umfassenden Ansatzes gegen Desinformation (Bateman und Jackson 2024; Cipers et al. 2023; Iglesias Keller 2021; Europäische Kommission 2018) – ein Ansatz, der nicht nur berücksichtigt, wie falsche Informationen korrigiert werden können, sondern

sich auch mit den soziopolitischen Umständen befasst, unter denen sie gedeihen.

In den folgenden Abschnitten stellen wir eine exemplarische Auswahl an Maßnahmen vor, die bereits von Staaten ergriffen werden. Die Analyse stellt die Notwendigkeit eines „umfassenden Ansatzes“ für staatliche Maßnahmen heraus und weist auf ihre jeweiligen Gemeinsamkeiten und Widersprüche sowie ihre Rolle für unsere Öffentlichkeiten auf.

4 Staatliche Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Öffentlichkeit: Eine Typologie

Welche Strategien verfolgen Regierungen derzeit, um gegen *Desinformation* vorzugehen? Konzentrieren sie sich auf bestimmte Phänomene, ergreifen sie ergänzende Maßnahmen oder gehen sie das Thema umfassend an? Inwieweit werden demokratische Standards, Menschenrechte und Bürger:innenrechte berücksichtigt und wo sehen wir Verbesserungsbedarf?

Um diese Fragen zu untersuchen, haben wir eine Typologie erarbeitet, die staatliche Maßnahmen in fünf *Dimensionen* unterteilt. Wir konzentrieren uns auf solche Maßnahmen, die seit 2016 von verschiedenen Staaten ergriffen wurden, um die schädlichen Auswirkungen von *Desinformation* abzuschwächen. Wir haben Länder aus jedem Kontinent ausgewählt, darunter die Europäische Union als supranationale Einheit, **Argentinien, Äthiopien, Australien, Brasilien, Chile, Deutschland, Frankreich, Kanada, Kenia, Malawi, Moldau, Nigeria**, die **Philippinen, Singapur, Taiwan**, das **Vereinigte Königreich (UK)** und die **Vereinigten Staaten von Amerika (USA)**. Und wir haben uns auf staatliche Maßnahmen aus jedem dieser Länder konzentriert, die in englischer, spanischer oder portugiesischer Sprache verfügbar sind und als Desinformations-Gegenmaßnahme beschrieben wurden.

Unter „staatlichem Handeln“ verstehen wir Gesetzgebung (einschließlich Gesetzesvorlagen) sowie ein breites Spektrum nicht-legislativer Maßnahmen, einschließlich Ko-Regulierungs- und Kooperationsinitiativen, Soft-Law-Dokumente, Finanzierungsinstrumente, Kampagnen, Task Forces, Strategie und neu geschaffene Institutionen. Unsere Typologie unterscheidet nicht nach der Rechtsform, sondern nach dem Ziel. Mit anderen Worten: Wir konzentrieren uns auf die Gründe für eine bestimmte Gegenmaßnahme. Wenn die Maßnahme beispielsweise darauf abzielt, die Geschäftsmodelle sozialer Netzwerke zu regulieren, wird sie unter „Regulierung digitaler Intermediäre“ aufgeführt, unabhängig davon, ob dies durch die Verabschiedung eines Gesetzes oder durch eine Kooperationsvereinbarung geschieht.

Zusätzlich zur Sekundärforschung zu allen einbezogenen Ländern haben wir auch staatliche Maßnahmen bewertet, die ursprünglich in bereits bestehenden Forschungsarbeiten behandelt wurden, die weitere Länder einschlossen. Wo wir diese Erkenntnisse verwenden, tun wir dies mit Verweis auf die ursprüngliche Quelle und berücksichtigen sie nicht in unserer Stichprobe:

- Poynter-Datenbank: www.poynter.org/ifcn/anti-misinformation-actions/.
- Lexota: <https://lexota.org/>.
- ADTAC-Desinformationsverzeichnis: https://inventory.adt.ac/wiki/National_Policies_Affecting_Disinformation.
- Bericht der Rechtsbibliothek des US- Kongresses: <https://irp.fas.org/eprint/lloc-fake-news.pdf>.
- EU-DisinfoLab-Datenbank für Initiativen der EU-Mitgliedstaaten: www.disinfo.eu/resources/member-state_actions.

- OECD-Arbeitspapier „Governance responses to disinformation: How open government principles can inform policy options“: www.oecd-ilibrary.org/content/paper/d6237c85-en.

Anschließend haben wir den aktuellen Stand der ausgewählten Maßnahmen in jedem Land überprüft und ein zeitliches Kriterium angewendet, wobei wir das Jahr 2016 – d. h. die Zeit direkt nach dem Brexit-Referendum in Großbritannien – als Referenz für die gestiegene Relevanz von *Desinformation* als politisches Anliegen annehmen (Cipers et al. 2023). Wir untersuchen nur Maßnahmen nach 2016 und schließen bereits bestehende Gesetze zum Umgang mit Desinformation aus (wie z. B. in Kanada und Singapur). Bereits bestehende Rechtsvorschriften wurden nur in den Fällen berücksichtigt, in denen sie seit 2016 aktualisiert wurden. Nach der Analyse der Ergebnisse haben wir die staatlichen Maßnahmen in fünf Kategorien unterteilt:

1. **Entschärfung falscher Informationen:** Maßnahmen gegen die Verbreitung von Falschinformationen im öffentlichen Diskurs;
2. **Regulierung digitaler Intermediäre:** Maßnahmen, die sich auf die Tätigkeit digitaler Plattformen und/oder Internetdiensteanbieter beziehen;
3. **Förderung der Transparenz und der Qualität staatlicher Kommunikation:** Maßnahmen, die die Qualität der staatlichen Kommunikation verbessern und damit zur Zuverlässigkeit der Informationen von öffentlichem Interesse beitragen;
4. **Stärkung des Medienpluralismus und des professionellen Journalismus:** Maßnahmen zur Verbesserung oder Aktualisierung von Medien- und Journalismuspraktiken oder -vorschriften, auch im Hinblick auf technologische Entwicklungen; und
5. **Aufbau von öffentlichen Einrichtungen:** Innovative institutionelle Formen zur Diversifizierung des Instrumentariums von öffentlichen Verwaltungen zur Förderung einer gesunden Öffentlichkeit.

Wir haben viele Maßnahmen zum Schutz der Integrität von Wahlen und/oder wahlbezogenen Prozessen identifiziert. Wahlperioden können mitunter als Testperiode für die Wirksamkeit einer Maßnahme dienen. Wenn die Ergebnisse positiv ausfallen, beschließen Regierungen gegebenenfalls, den Umfang und/oder die Reichweite der Maßnahmen zu erweitern. Dies ist in Ländern zu beobachten, in denen Wahlperioden durch Sonderregelungen für die freie Meinungsäußerung gekennzeichnet sind. In **Brasilien** beispielsweise gelten für Wahlperioden besondere Regelungen für die freie Meinungsäußerung, die Wähler:innen den Zugang zu verschiedenen Informationsquellen zusichern und gleichzeitig besondere Standards für die Beilegung und Sanktionierung von Missständen vorsehen. In diesen Fällen besteht die Gefahr, dass Regeln, die für eine besonders heikle Phase des demokratischen Prozesses gedacht sind, zu Normen werden, die für das tägliche Leben gelten.

Diese Typologie dient als übergreifende Orientierung – sie ist nicht erschöpfend. Zum einen schränken Sprachbarrieren die Informationen ein, die wir zu den einzelnen Maßnahmen einholen können, so dass wir uns mitunter auf Sekundärquellen stützen. So sind uns möglicherweise Informationen über ihren Status oder ihre Ergebnisse entgangen. Außerdem mussten wir bei der Klassifizierung der Initiativen Entscheidungen treffen, insbesondere dann, wenn eine staatliche Maßnahme technisch gesehen in mehr als eine Kategorie eingeordnet werden könnte. So hat **Kanada** beispielsweise eine Fact-Checking-Initiative durchgeführt, um Informationen über den Krieg in der Ukraine richtigzustellen. Obwohl dies auch unter „Förderung von Transparenz und Qualität staatlicher Kommunikation“ eingeordnet werden könnte, haben wir es unter

„Entschärfung falscher Informationen“ eingeordnet, weil die Initiative dazu gedacht ist, eine Gegenerzählung zu den von Drittquellen verbreiteten Falschinformationen anzubieten. Ähnlich verhält es sich mit dem 2017 verabschiedeten „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ (NetzDG), das digitale Plattformen dazu verpflichtet, Inhalte zu entfernen, die gegen das **deutsche** Strafbuch verstoßen, wie etwa Verleumdungen oder Hassreden. Während dies als „Entschärfung falscher Informationen“ eingestuft werden könnte, haben wir das deutsche NetzDG unter „Regulierung digitaler Intermediäre“ aufgenommen, da sein Anwendungsbereich über die *Desinformation* hinausgeht und einen strukturellen Ansatz für die Moderation von Inhalten darstellt, einschließlich der Verpflichtung, Transparenzberichte zu erstellen.

4.1 Entschärfung falscher Informationen

Definition: Maßnahmen, die sich mit der inhaltlichen Dimension von Desinformation befassen, insbesondere mit der Frage, ob diese Inhalte der Wahrheit entsprechen oder nicht. Sie zielen darauf ab, Falschinformationen in der öffentlichen Debatte zu bestreiten, abzuschwächen, zu bestrafen oder ihre möglichen Auswirkungen einzudämmen, entweder durch die Förderung von Gegenargumenten, die Aufklärung der Menschen zur Erkennung von Desinformation oder durch staatlichen Zwang (d. h. die Verhängung zivil- und strafrechtlicher Sanktionen für Handlungen im Zusammenhang mit der Herstellung und Verbreitung von Desinformation).

Maßnahmen, die sich auf die Art des Inhalts konzentrieren, bringen in der Regel mindestens zwei Herausforderungen mit sich: das Risiko, legitime Meinungsäußerungen zum Schweigen zu bringen, und die Notwendigkeit, einen oder mehrere Schiedsrichter:innen auszuwählen, die darüber entscheiden, ob eine bestimmte Version der Fakten die legitime ist. Je nachdem, wer diese:r Schiedsrichter:in ist, z. B. Gerichte, Regierungsbehörden oder private Akteur:innen, hat das staatliche Handeln unterschiedliche Konsequenzen für Menschenrechte, insbesondere für die Meinungsfreiheit. Beispiele hierfür sind die strafrechtliche Verantwortung für die Herstellung, Verbreitung, Verteilung und Veröffentlichung von Desinformationen („Desinformationspraktiken“), die Verpflichtung von Social-Media-Plattformen, Inhalte zu moderieren, sowie die Förderung von Fact-Checking und Medienkompetenz.

Maßnahmen, die **Desinformationspraktiken kriminalisieren**, stellen ein unverhältnismäßiges Risiko für Menschenrechte dar. Diese Initiativen werden in der Regel mit autoritären Traditionen in Verbindung gebracht (Iglesias Keller 2021; Cipers et al. 2023), aber sie werden auch von Ländern mit anderen politischen Kontexten übernommen. Laut dem **nigerianischen** Gesetz zur Verhinderung von Cyberkriminalität (Cybercrimes Prevention Act) ist es eine Straftat, vorsätzlich Nachrichten zu veröffentlichen, von denen man weiß, dass sie falsch sind (Lexota Nigeria). Diese Bestimmung ähnelt einem Gesetz, das **Singapur** im Jahr 2019 eingeführt hat (Cheong 2023; ADTAC Singapore). In **Taiwan** ist die Kriminalisierung von Desinformationspraktiken sowohl im Anti-Infiltrationsgesetz von 2019, das die Verbreitung von *Desinformationen* durch „feindliche ausländische Kräfte“ verbietet (Freedom House 2023), als auch im Gesetz zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung (Social Order Maintenance Act) kodifiziert, das geändert wurde, um die strafrechtliche Verfolgung von Handlungen im Zusammenhang mit *Desinformation* aufzunehmen (Deutsche Welle 2019).

Zur Verfolgung von Desinformation können auch breite rechtliche Kategorien verwendet werden. In **Malawi** stellt das Gesetz über elektronische Transaktionen und Cybersicherheit aus dem Jahr 2016 Inhalte unter Strafe, die „die Ruhe und den Frieden oder das Recht auf Privatsphäre einer Person stören können“, ohne dass dies dem Zweck einer rechtmäßigen Kommunikation dient (Laws.Africa – Malawi). In anderen Fällen werden bereits bestehende Strafgesetze geändert, um Desinformationspraktiken zu bestrafen. So wurde beispielsweise auf den **Philippinen** das Strafgesetzbuch geändert, um die Verbreitung von „Fake News“ strafrechtlich verfolgen zu können (ADTAC Philippines).

Die Sanktionen reichen in der Regel von Geldstrafen bis hin zu Haftstrafen. In **Brasilien** gilt die Kriminalisierung von Desinformation nur im Rahmen des Wahlprozesses. Laut dem Gesetz 13.834/2019 ist es eine strafbare Handlung, jemanden einer Straftat oder eines Verstoßes zu

Wahlzwecken zu beschuldigen, wenn diese Beschuldigung Anlass für die Einleitung einer polizeilichen Untersuchung oder eines Gerichtsverfahrens ist (Presidência da República do Brasil 2019).

Weitere Maßnahmen zur Eindämmung falscher Inhalte sind die **an die „Hard“- oder „Soft“-Law-Verpflichtungen für digitale Dienste**, auf falsche Informationen zu reagieren. Ein Beispiel ist der Europäische Verhaltenskodex für Desinformation, ein von der **Europäischen Kommission** im Jahr 2022 initiiertes Dokument. Dieser freiwillige Kodex wurde von einer Gruppe digitaler Plattformen und anderen Akteur:innen unterzeichnet, die sich verpflichten, die Verbreitung von Desinformationen durch Maßnahmen wie Demonetisierung, Transparenz politischer Werbung und Zusammenarbeit mit unabhängigen Faktenprüfer:innen einzudämmen (Europäische Kommission 2022). In ähnlicher Weise hat der **brasilianische** Wahlgerichtshof Vereinbarungen mit sozialen Netzwerken und Messaging-Plattformen getroffen, um Maßnahmen zu fördern, die angeblich die Verbreitung von Desinformationen während der Wahlen eindämmen, u. a. indem Nachrichten des Gerichtshofs über die Wahlorganisation, Chatbots und Suchanfragen vorrangig behandelt werden, um die Bürger:innen auf offizielle Informationsquellen zu lenken. In einem ähnlichen Kontext, aber mit weniger formellen Schutzmaßnahmen, traf sich der **nigerianische** Informationsminister im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2023 in Nigeria mit Twitter und Google. Er forderte, dass während der Wahlperiode besondere Maßnahmen ergriffen werden, darunter „eine erhöhte Sichtbarkeit von Regierungsinhalten und die Kennzeichnung aller Inhalte mit Wahlergebnissen, die aus inoffiziellen Quellen stammen, als ‚ungeprüft‘“ (Onuah 2023).

In **Frankreich** wurde das Wahlgesetz durch Gesetz 2018-2012 geändert, um besondere Verfahren für Richter:innen zur Anordnung der Beseitigung von Desinformation, Transparenzverpflichtungen für Plattformen und die Erlaubnis für den *Conseil Supérieur de l'Audiovisuelle* aufzunehmen, Fernsehkanäle, die unter dem Einfluss ausländischer Staaten stehen, zu sperren. Die Bestimmungen des französischen Gesetzes werden derzeit überprüft, ob sie das Recht auf freie Meinungsäußerung übermäßig einschränken. Diese Spannung zeigte sich bereits im Gesetzgebungsverfahren – das Gesetz wurde zunächst vom Senat abgelehnt, bevor es dann im Parlament verabschiedet wurde (Boring 2018).

Die bekanntesten und am häufigsten ergriffenen Maßnahmen zur Entschärfung von Falschinformationen sind **Fact-Checking und Medienkompetenz**. Fact-Checking wird häufig von der Zivilgesellschaft und von Journalist:innen durchgeführt, aber auch Regierungen können eine wichtige Rolle bei der Förderung dieser Maßnahmen spielen. Neben der Bereitstellung von Finanzmitteln, wie es die **Europäische Union** tut (Europäische Kommission 2023), können Regierungen auch öffentliche Fact-Checking-Initiativen lancieren. Sowohl die kanadische als auch die **US-amerikanische** Regierung haben beispielsweise Fact-Checking-Instrumente eingeführt, um Informationen über den Krieg in der Ukraine richtigzustellen (Regierung von Kanada; US-Außenministerium). In ähnlicher Weise richtete der Europäische Auswärtige Dienst (**EAD**) eine Taskforce zur Faktenüberprüfung ein, die sich auf „ausländische Informationsmanipulation und Einmischung“ konzentrierte – im Jahr 2015, „als das Problem erstmals auf der politischen Agenda der EU erschien“ (EAD 2021). In **Brasilien** hat die Bundesregierung ein Instrument zur Überprüfung der Fakten eingeführt, um Informationen über die Regierungspolitik richtigzustellen (Presidência da República do Brasil).

Medienkompetenzmaßnahmen zielen darauf ab, potenziellen Schaden abzuwenden, indem Bürger:innen in die Lage versetzt werden, *Desinformationen* zu erkennen und mit ihnen umzugehen.

Über die Schulung von Menschen im Umgang mit Technologien hinaus geht es bei Medienkompetenzen darum, sie darauf vorzubereiten, sich mit Informationen in allen Medien auseinanderzusetzen, einschließlich „der Vermittlung von Kenntnissen über die Medienindustrie und journalistische Praktiken, des Bewusstseins für Medienmanipulation, und Desinformationstechniken“ (Bateman und Jackson 2024, 23). **Deutschland, Kanada** und das **Vereinigte Königreich** sind Beispiele für Länder, die Mittel und Unterstützung für Medienkompetenzinitiativen bereitstellen (Bundesregierung 2023; Regierung von Kanada; Regierung des Vereinigten Königreichs 2022). Die Regierungen der **Republik Moldau** (CJI 2021) und **Taiwans** (DW 2019) haben die Aufnahme von Medienkompetenzen in die Lehrpläne ihrer Schulen vorgeschrieben.

4.2 Regulierung digitaler Intermediäre

Definition: Maßnahmen, die digitale Plattformen – insbesondere soziale Medien und Messaging-Apps – in Bezug auf die Art und Weise regeln, wie Inhalte fließen oder kuratiert werden und wie mit Phänomenen wie Desinformation umgegangen wird. Anstatt die Entfernung oder Moderation von Inhalten vorzuschreiben, verpflichten solche Maßnahmen diese Unternehmen häufig dazu, ihre Geschäftsmodelle anzupassen und/oder Werte wie Transparenz, ordnungsgemäße Verfahren und Sicherheitsstandards einzuhalten.

Gesetzgebungsvorschläge zur Regulierung digitaler Dienste gibt es viele, aber nur wenige wurden erfolgreich verabschiedet, darunter der DSA. Andere Länder haben Verhaltenskodizes und Kooperationen eingeführt, aber auch drastische Maßnahmen, wie das sechsmonatige Twitter-Verbot in **Nigeria**, nachdem dem damaligen Präsident Buhari seine Tweets und sein Konto wegen Anstiftung zum Völkermord gesperrt wurden (Akinwotu 2022).

Digitale Intermediäre, die von privaten Unternehmen betrieben werden, hosten (und kontrollieren) einen Großteil der öffentlichen und privaten digitalen Kommunikation, was zu Bedenken hinsichtlich ihres Einflusses auf Informationen und Diskurse im Internet führt (Jungherr und Schroeder 2021). Viele dieser Unternehmen haben eine marktbeherrschende Stellung erlangt, so dass sowohl Verbraucher:innen als auch kleine Unternehmen zunehmend auf ihre Infrastruktur angewiesen sind (Busch et al. 2021, 15). Darüber hinaus stützen sich die Geschäftsmodelle der digitalen Plattformen in hohem Maße auf das Sammeln und Analysieren personenbezogener Daten, die in ihre Empfehlungssysteme einfließen und eine gezielte Werbung ermöglichen. Dazu gehört auch gezielte politische Werbung, insbesondere in Wahlkampfzeiten – eine Praxis, die in einer Reihe von Rechtsordnungen Anlass zu Sorgen gibt und zunehmend unter Druck gerät.

Die Rolle und Verantwortung digitaler Dienste (insbesondere sozialer Plattformen) bei der Verbreitung – oder Eindämmung – von *Desinformationen* ist nach wie vor umstritten. Ihre Reichweite, ihr Umfang, ihre algorithmische Kuratierung und ihr dynamischer Austausch von Inhalten machen sie zu einem bevorzugten Ziel für Untersuchungen und Gegenmaßnahmen. Abgesehen davon schwappt *Desinformation* häufig über und springt zwischen Online- und Offline-Kräften hin und her, z. B. „die Rhetorik politischer Eliten, Programme in traditionellen Medien wie dem Fernsehen und Erzählungen, die unter vertrauenswürdigen Community-Mitgliedern zirkulieren“ (Bateman und Jackson 2024, 3). So oder so sind digitale Plattformen ein entscheidender Teil des heutigen öffentlichen Diskurses, weshalb Maßnahmen zum Aufbau einer gesunden Öffentlichkeit diese sehr mächtigen Akteur:innen einbeziehen müssen. Digitale Plattformen zu regu-

lieren, sie zur Rechenschaft zu ziehen und ihre Geschäftsmodelle mit öffentlichen Werten zu verknüpfen, ist daher ein wesentliches Element im Mosaik der Maßnahmen gegen Desinformation.

Der DSA der **Europäischen Union** ist ein Meilenstein in der Regulierung digitaler Plattformen. Es ist die erste europäische Initiative zur Umsetzung eines umfassenden Rechtsrahmens für diese Dienste, ergänzt durch den Digital Markets Act (DMA), der wettbewerbs- und verbraucherrechtliche Belange berücksichtigt.⁴ Vor der Harmonisierung auf EU-Ebene hatten einige europäische Länder bereits mit Gesetzen experimentiert, die sich zwar nicht ausdrücklich mit *Desinformation* befassen, aber zu deren Eindämmung beitragen könnten, wie das bereits erwähnte **deutsche** Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG). Obwohl das NetzDG mit einigen Kontroversen und Hürden zu kämpfen hatte (Heldt 2019) war es eines der ersten Gesetze, das einen Schritt zur Einführung von Verfahren unternahm, mit denen Plattformen über die in der früheren E-Commerce-Richtlinie vorgesehene Intermediärhaftung hinaus zur Verantwortung gezogen werden sollten. In ähnlicher Weise ratifizierte das **Vereinigte Königreich** den Online Safety Act, der sich stark auf Sorgfaltspflichten zur Regulierung von Inhalten auf digitalen Plattformen stützt (Vereinigtes Königreich 2023). Die Idee ist, dass digitale Plattformen sich der Schäden bewusst sein müssen, die ihre Dienste verursachen können, und „Maßnahmen ergreifen müssen, um vernünftigerweise vorhersehbare Schäden zu verhindern oder zu mindern“ (Kira et al. 2023).

Einen etwas anderen Ansatz verfolgte **Singapur** im Jahr 2022 mit der Verabschiedung des „Online Safety (Miscellaneous Amendments)“-Gesetzes, mit dem das Rundfunkgesetz des Landes aus dem Jahre 1994 geändert wird. Das Gesetz ermöglicht es der Medienbehörde, den Zugang von Nutzer:innen in Singapur zu „widerwärtigen Inhalten“ zu sperren, die in Online-Kommunikationsdiensten zu finden sind, d. h. Inhalte, die u. a. Selbstmord oder Selbstverletzung, körperliche oder sexuelle Gewalt und Terrorismus fördern (Singapore Ministry of Communications and Information 2023). Das Gesetz befasst sich nicht mit Falschinformationen und stellt einen Ansatz zur Regulierung von Plattformen dar, der sich auf schädliche Inhalte konzentriert, ohne die Geschäftsmodelle strukturell zu regulieren. Die Medienbehörde hat auch einen Verhaltenskodex herausgegeben, der die durch dieses Gesetz auferlegten Verpflichtungen ergänzt (IMDA 2023).

Trotz dieser legislativen Entwicklungen ist die Regulierung digitaler Plattformen ein Machtkampf, den viele Länder noch nicht gewonnen haben. Ein Regulierungsvorschlag ist in **Taiwan** schlicht verpufft (Access Partnership 2023) und andere stehen noch aus, z. B. in **Israel** (Roudik et al. 2019) und **Brasilien**. Im letztgenannten Fall wurde die Abstimmung über einen „Gesetzesentwurf für Freiheit, Transparenz und Verantwortung im Internet“ zweimal verschoben, was als Sieg der digitalen Plattformen und der rechten Parteien gewertet wird (Campos Mello 2023).

4.3 Förderung von Transparenz und Qualität in der staatlichen Kommunikation

Definition: Maßnahmen, die darauf abzielen, die Qualität der staatlichen Kommunikation zu verbessern, tragen dazu bei, vertrauenswürdige öffentliche Informationen und das Vertrauen in öffentliche Einrichtungen zu fördern. Dazu gehört die Bereitstellung verlässlicher Informationen und die Stärkung

4 Eine eingehendere Analyse des DSA/DMA-Pakets finden Sie in Hoxtell „Umgang mit Desinformation In Europa“, das im Rahmen dieses Forschungsprojekts im Mai 2024 veröffentlicht wurde.

öffentlicher Einrichtungen, damit sie in Krisenzeiten und darüber hinaus mit Desinformationen umgehen können.

Wie das folgende Beispiel zeigt, sind Regierungen nicht immer bestrebt, die besten Kommunikationspraktiken und eine gesunde Öffentlichkeit zu fördern. Während der Covid-19-Pandemie organisierte eine Gruppe von Journalist:innen und Nachrichtenagenturen in **Brasilien** ein Konsortium, um verlässliche Daten und Informationen über das Virus, seine Auswirkungen auf die Bevölkerung und empfohlene Behandlungen bereitzustellen. Die Initiative wurde im Juni 2020 ins Leben gerufen, nachdem die Regierung des damaligen Präsidenten Jair Bolsonaro Daten unterschlug und die Veröffentlichung von Meldungen über den Stand der Pandemie, einschließlich der Zahl der Infizierten und der Todesfälle, verzögerte (G1 2023). Das brasilianische Beispiel ist ein alarmierender Fall einer Regierung, die nicht nur keine auf Transparenz basierenden Maßnahmen ergreift, sondern Desinformation und Hasskampagnen als politische Kommunikationsstrategie einsetzt (Ozawa et al. 2023). Tatsächlich hat die Möglichkeit, dass Regierungen eher als Täter, denn als Gegner von Desinformation agieren, in anderen Kontexten wie **Argentinien** akademische und zivilgesellschaftliche Bedenken ausgelöst (Campo 2021). Diese Bedenken machen deutlich, wie wichtig es ist, dass Regierungen die Transparenz und Qualität der Informationen, die für die Öffentlichkeit von Interesse sind, verbessern. Wenn Informationen und Daten über die von der Regierung umgesetzten Maßnahmen zugänglich und verlässlich sind, ist es unwahrscheinlicher, dass *Desinformation* gedeiht, zumindest im grundlegenden Bereich der öffentlichen Politik. Öffentliche Kommunikation ist nicht nur ein Mittel für „transparente, wahrheitsgemäße und genaue Informationen“, sondern kann auch das gegenseitige Verständnis zwischen Regierung und Bürger:innen fördern und damit der partizipativen Politikgestaltung zugutekommen (Alfonsi et al. 2020).

Als übergreifender Pfeiler demokratischer Regierungen wird die Förderung von Transparenz und Qualität staatlicher Informationen nicht unbedingt als Gegenmaßnahme zur *Desinformation* dargestellt. Wenn Regierungen jedoch Mechanismen einrichten, die es den Bürger:innen ermöglichen, die Behörden zu konsultieren und mit ihnen zu kommunizieren, oder in die Erreichbarkeit ihrer Bürger:innen über neue Kanäle, z. B. digitale Dienste, investieren, können sie potenziell das Vertrauen und den Zugang zu Informationen verbessern und zu einem transparenten und fairen öffentlichen Raum beitragen (Alfonsi et al. 2020, 20-22). Die Umsetzung, Durchsetzung und Aktualisierung von rechtlichen Rahmenbedingungen, die den Zugang zu Informationen gewährleisten, ist hier von zentraler Bedeutung, ebenso wie die Schulung des öffentlichen Dienstes und die Harmonisierung von Open-Government-Strukturen in allen öffentlichen Verwaltungseinrichtungen.

Regierungen können nicht nur strukturelle Standards für die öffentliche Kommunikation festlegen, sondern auch offizielle Kanäle für die Verbreitung von Informationen zu bestimmten Themen je nach ihrer kontextuellen Relevanz bereitstellen. In **Moldau** beispielsweise richtete die Bundesregierung einen offiziellen Telegram-Kanal ein, um Informationen über den russischen Krieg gegen die Ukraine zu verbreiten (Cravcenco-Zaharia 2022, 3). Gezielte Strategien der öffentlichen Kommunikation wurden auch während der Covid-19-Pandemie in **Argentinien** (Télam S.E. 2024) und **Singapur** (Tsang 2020), angewandt. Studien über Anwendungen zur Ermittlung von Kontaktpersonen, die während der Pandemie in verschiedenen Ländern eingesetzt wurden, zeigen, dass eine der Nebenfunktionen dieser Instrumente darin bestand, den Bürger:innen eine offizielle, zuverlässige Informationsquelle zur Verfügung zu stellen, die ihnen half, sich in

der Informationsflut in Krisenzeiten zurechtzufinden.

Da *Desinformation* zu einer Eventualität für verschiedene Bereiche der Staatsführung geworden ist, kann die öffentliche Kommunikation auch die Mechanismen für den Umgang mit ihr während und außerhalb von Krisen verbessern. In diesem Sinne hat der Government Communications Service des **Vereinigten Königreichs** ein Toolkit entwickelt, das der Regierung und anderen Organisationen helfen soll, mit *Desinformation* umzugehen. Das Toolkit enthält Standards für die Identifizierung verschiedener Arten von Falsch- und Desinformationen, Anweisungen zur Verhinderung und Bekämpfung ihrer Verbreitung und zur Entwicklung von Reaktionen auf die Art von Falsch- und Desinformationen, die die Fähigkeit von Organisationen beeinträchtigen, ihre Arbeit zu erledigen oder ihren Ruf zu schützen, oder die eine Bedrohung für die Öffentlichkeit darstellen (UK Government Communication Services).

4.4 Stärkung des Medienpluralismus und des professionellen Journalismus

Definition: Maßnahmen zur Verbesserung oder Aktualisierung der Mediensysteme im Allgemeinen und der journalistischen Praktiken im Besonderen, einschließlich der geltenden Vorschriften. Diese Kategorie umfasst die Interaktion der Regierungen mit den traditionellen Medien und dem Journalismus im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Desinformation und der Förderung einer gesunden Öffentlichkeit.

Der aktuelle Zustand der traditionellen Medien hängt auf verschiedene Weise mit der Ausweitung der digitalen Kommunikation und dem veränderten Nachrichtenkonsum zusammen: Wir wissen zum Beispiel, dass der Rückgang von Werbeeinnahmen mit „Kostensenkungen, Entlassungen von Journalist:innen und der Verschlingung (oder Schließung) von Printausgaben“ korreliert (Newman et al 2023, 17). Trotz der Hoffnungen, dass die digitale Kommunikation die Nachrichtenproduktion demokratisieren und eine vielfältigere Öffentlichkeit fördern würde, geht ein „großer Teil der digitalen Abonnements nach wie vor an einige wenige gehobene nationale Marken“ (Newman et al 2023, 11). Was die Wechselwirkungen zwischen digitalen und traditionellen Medien betrifft, so gibt es Hinweise darauf, dass Nachrichtenagenturen durch die technische Gestaltung von Social-Media-Plattformen beeinflusst werden, z. B. durch Empfehlungssysteme. Nachrichtenmedien verstärken manchmal ausgewählte, sogar falsche Inhalte aus sozialen Medien (McGregor 2019), was dazu führen kann, dass „Randphänomene unverhältnismäßig aufgeblasen werden“, da Informationen, die ursprünglich innerhalb einer begrenzten Online-Community geteilt wurden, plötzlich über professionelle Kanäle mit großer Reichweite verbreitet werden (Jungherr und Schroeder 2021). Diese Sorge wird im Zusammenhang mit Desinformationsmaßnahmen besonders wichtig: Journalist:innen und Nachrichtenagenturen tragen eine große Verantwortung dafür, dass Desinformationen nicht aufgebauscht werden.

In diesem Sinne ist die Stärkung der Bedingungen, unter denen (öffentliche) Mediensysteme und professionelle Journalist:innen arbeiten, ein entscheidender Teil des Aufbaus eines gesünderen öffentlichen Raums.

In vielen Ländern befinden sich die etablierten Medien in den Händen einiger weniger politischer und wirtschaftlicher Eliten. Dies kann die Vielfalt und den Pluralismus in der Öffentlichkeit be-

drohen. Aus diesem Grund haben verschiedene Länder Vorschriften zum Medieneigentum erlassen, um den Einfluss privater Akteur:innen auf die öffentliche Meinung zu begrenzen (Medel et al. 2017). Die Besorgnis über die wirtschaftliche Dominanz wird durch die mögliche Parteilichkeit der Medien noch verschärft. In Ländern wie den **USA** haben die etablierten Medien ihre Reichweite und Infrastruktur genutzt, um bestimmte politische Ideologien zu fördern (Grossmann et al. 2018). Neben anderen Gefahren der traditionellen Kommunikationslandschaft werden solche Herausforderungen für die Demokratie nun durch die Dynamik des digitalen Bereichs verstärkt.

Es muss betont werden, dass professioneller Journalismus und Medien entscheidende Elemente im Kampf gegen Desinformation sind, weshalb sie unterstützt und gestärkt werden sollten. Dies kann durch die Aktualisierung des bestehenden Rechtsrahmens für Journalismus und im Hinblick auf technologische Entwicklungen, die Stärkung der Presse- und Medienfreiheit oder durch Schulungen und andere Unterstützungsmaßnahmen geschehen.

Dennoch sind Maßnahmen zur Förderung des Medienpluralismus immer noch weniger verbreitet als Maßnahmen zur Förderung der Faktenüberprüfung oder der Kontrolle digitaler Intermediäre. Idealerweise würden die in dieser Kategorie erfassten Maßnahmen in erster Linie Bemühungen um Investitionen, Förderung und Regulierung etablierter Medien enthalten, aber wir haben auch Initiativen gefunden, die davon abweichen. In **Moldau** gibt es zum Beispiel Belege dafür, dass das Parlament im Jahr 2022 das Gesetz über audiovisuelle Mediendienste geändert hat, um ein Verbot von audiovisuellen Medien, die Desinformationen verbreiten, zu ermöglichen, und dabei ein Mandat für den Rundfunkrat geschaffen hat, das Vorhandensein von Desinformationen in diesen Diensten zu überwachen (CSO Meter 2022). In vielen Bereichen ist der Rundfunk traditionell reguliert, vor allem aufgrund seiner Abhängigkeit von der öffentlichen Infrastruktur (z. B. Radiofrequenzen) und den damit verbundenen Erfordernissen des öffentlichen Interesses. Dennoch könnte die Möglichkeit, Rundfunkaktivitäten aufgrund von Desinformation auszusetzen, als Bedrohung der Pressefreiheit interpretiert werden.

Die Republik **Moldau** hat vor kurzem auch ihren Rechtsrahmen für Medien und Kommunikation gestärkt. Im Juli 2023 verabschiedete das Parlament das „Nationale Programm zur Entwicklung der Medien“ mit dem Ziel, „eine kohärente öffentliche Politik im Bereich der Massenmedien umzusetzen“ und damit „die Rolle des Mediensystems bei der Gewährleistung des verfassungsmäßigen Rechts auf Information zu stärken“ (APEL 2024). Das Paket umfasst steuerliche Anreize für nationale und lokale Medien (Orbitax 2022), sowie die Verpflichtung zur Registrierung von Medienunternehmen und zur Transparenz über Finanzierungsquellen und Eigentümer:innen (Media Azi 2023).

Australien verabschiedete 2021 den „News Media Bargaining Code“ mit dem Ziel, „die Nachhaltigkeit des Journalismus von öffentlichem Interesse in Australien zu unterstützen“, insbesondere durch „die Beseitigung von Ungleichgewichten bei der Verhandlungsmacht zwischen digitalen Plattformen und australischen Nachrichtenunternehmen“ (ACMA). Letztlich geht es bei dem Kodex um eine Einkommensumverteilung; er zwingt große Technologieunternehmen wie Meta und Google Search dazu, kommerzielle Vereinbarungen mit einer Vielzahl von Nachrichtenorganisationen zu treffen und sie für die Nutzung von Nachrichteninhalten zu bezahlen (siehe Meese et al. 2022, 152). In Australien beendete dieser Kodex einen langjährigen Streit zwischen Presse und Plattformen, der auch bei der Überarbeitung der EU-Urheberrechtsrichtlinie

2018 aufgegriffen wurde (Reynolds 2019). Diese Art von Maßnahme löst mehrere Kontroversen aus. Einerseits sieht die australische Regierung den Kodex als Erfolg an; die australische Wettbewerbs- und Verbraucherschutzkommission ist der Ansicht, dass er die „angemessene und beabsichtigte Wirkung“ hatte, „da Google und Facebook (jetzt Meta) freiwillige kommerzielle Vereinbarungen mit einer beträchtlichen Anzahl von Nachrichtenmedienorganisationen getroffen haben“ (ACCC 2021). Andererseits gibt es Hinweise darauf, dass der Kodex „ältere, etablierte Medien gegenüber kleinen digitalen Verlagen“ begünstigt (Meese et al. 2022, 165) und kann letztlich als Beweis dafür interpretiert werden, dass die Beziehungen zwischen Teilen der Medien und der Regierung nicht zu unterschätzen sind, wenn es um die Macht der Plattformen geht (ebd., 153). So oder so handelt es sich um einen eng gefassten Ansatz für Medienpluralismus und professionelle journalistische Rahmenbedingungen, der weitere Interaktionen zwischen traditionellen und digitalen Medien nicht berücksichtigt.

In der EU wird derzeit der „European Media Freedom Act“ (EMFA) diskutiert, ein Vorschlag zur Regulierung der Medienpolitik auf europäischer Ebene. Das erklärte Hauptziel des Gesetzes ist der Schutz der Freiheit und der Pluralität der Medien. Der Vorschlag konstatiert, dass unabhängige Qualitätsmedien „ein Gegenmittel gegen Desinformation, einschließlich ausländischer Informationsmanipulation und Einmischung“ sind (Europäische Kommission 2022, 17). Die Genehmigung des endgültigen Textes steht noch aus und die „Medienausnahmeklausel“ ist nach wie vor umstritten, da sie von böswilligen Akteur:innen ausgenutzt werden könnte.

4.5 Aufbau von öffentlichen Einrichtungen

Definition: Maßnahmen zur Schaffung neuer Institutionen oder Verwaltungsorgane mit dem Ziel, das Instrumentarium der öffentlichen Verwaltungen zur Förderung einer gesunden Öffentlichkeit sowohl auf nationaler als auch auf supranationaler Ebene zu diversifizieren.

Schließlich untersuchten wir Maßnahmen, die eingeführt wurden, um öffentliche Verwaltungen mit neuen Institutionen (einschließlich neuer Agenturen, Organe, Ausschüsse und Arbeitsgruppen) und Mechanismen auszustatten. Hier haben wir festgestellt, dass viele Initiativen die Maßnahmen in unseren anderen Kategorien ergänzen, während andere einen eigenständigen Ansatz für eine oder mehrere Dimensionen von Informationsökosystemen darstellen. In beiden Fällen stellen diese Maßnahmen eine Reaktion der öffentlichen Verwaltungen auf die neuen Herausforderungen des digitalen Informationsökosystems dar. Zusammen ergeben sie ein anschauliches Bild der kurz- und langfristigen Veränderungen in der institutionellen Landschaft, die in diesem Bereich gedeiht.

Viele der Maßnahmen bestehen in der Schaffung neuer Agenturen oder neuer Funktionen für bestehende Einrichtungen sowie von Ausschüssen und anderen Formaten. Innerhalb und außerhalb der Parlamente wird viel über die Möglichkeit diskutiert, öffentliche Agenturen zu schaffen, die die Gesetzgebung auf digitalen Plattformen regulieren und durchsetzen oder sogar *Desinformationen* überwachen und regulieren können.

Die **argentinische** Staatsanwaltschaft hat NODIO – „Observatorio de la Desinformación y la Violencia Simbólica en Medios y Plataformas Digitales“ – eingerichtet, eine Stelle, die qualitative und quantitative Studien über die Verbreitung von *Desinformation* und „symbolischer Gewalt“ im Lande erstellen soll. Ihre Gründung löste große Besorgnis aus und wurde mit der

Begründung abgelehnt, dass sie die Pressefreiheit verletze und ideologische Verfolgung fördere (Directorio Legislativo; Nalvarte 2021). Wir haben jedoch keine aktuellen Berichte über ihre Aktivitäten und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit im Land gefunden. Ungeachtet dessen bleibt angesichts seiner Form als Einrichtung innerhalb des Büros des/der Pflichtverteidigers/-in und ihres überwiegend forschungsbezogenen Aufgabenbereichs unklar, inwieweit die Zuständigkeit von NODIO letztlich durchgesetzt werden sollte.

Im **Vereinigten Königreich** sieht Artikel 152 des Gesetzes über die Online-Sicherheit die Einsetzung eines „Beratenden Ausschusses für Desinformation und Fehlinformation“ innerhalb des Amtes für Kommunikation (BAKOM) vor. Das BAKOM ist die langjährige Kommunikationsregulierungsbehörde des Landes, zu deren Aufgabenbereich nach dem neuen Gesetz auch die Durchsetzung gehört. Der Beratende Ausschuss soll das BAKOM, die Regulierungsbehörden und die digitalen Plattformen „bei der Ausübung ihrer Befugnisse in Bezug auf Desinformation sowie bei der Vermittlung von Medienkompetenz beraten“ (UK Parliament 2023). Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts war der Ausschuss noch nicht gebildet worden, da Artikel 152 (3) ein gewisses Maß an Beteiligung mehrerer Interessengruppen vorschreibt, darunter Vertreter:innen der Nutzer:innen digitaler Dienste, der Diensteanbieter und Personen mit technischem Fachwissen über Falsch- und Desinformation. In einem ähnlichen Schritt schuf das **chilenische** Justizministerium die Kommission gegen Desinformation als Multistakeholder-Gremium mit Beratungsfunktion. Sie hat die Aufgabe, den chilenischen Justizminister und die Bundesregierung in Bezug auf das „globale Phänomen der Desinformation und seine Manifestation auf lokaler Ebene in Chile“ zu beraten. Es handelt sich dabei um ein Beratungsgremium, das sich aus Expert:innen für digitale Medien und Desinformation aus der Wissenschaft, der Zivilgesellschaft und Fact-Checking-Organisationen zusammensetzt (MinCiencia 2023). Die etablierten Medien wurden ausdrücklich von der Analyse dieser Kommission ausgeschlossen und ihre beiden Berichte konzentrieren sich auf Desinformation auf digitalen Plattformen. Im Gegensatz zum Ausschuss des Vereinigten Königreichs ist unklar, ob der chilenische Beirat ein separates institutionelles Gremium bleiben wird.

In Anbetracht der geopolitischen Dimension von Desinformationen haben andere Länder Stellen eingerichtet, die ausländische Einmischung erkennen und die Reaktionen darauf koordinieren sollen. Die Republik **Moldau** ist ein Land, in dem diese Sorge vorherrscht. Hier wurde 2023 das „Zentrum zur Bekämpfung von Desinformation“ mit der Aufgabe eröffnet, „die interinstitutionellen Bemühungen im Kampf gegen Desinformation und Informationsmanipulation zu konsolidieren und zu verbessern“ (CSO Meter 2023). Das Konzept des Zentrums spiegelt die Sorge des Landes um die Cybersicherheit und die Befürchtung einer ausländischen Einmischung wider. Zu den Zuständigkeiten des Zentrums gehören die Identifizierung von Bedrohungen und die Koordinierung staatlicher Bemühungen sowie die Empfehlung von Maßnahmen für den privaten Sektor (CSO Meter 2023).

In ähnlicher Weise wurde mit dem **französischen** Dekret 2021-922 ein Sekretariat mit der Bezeichnung „Vigilance and Protection Service against Foreign Digital Interferences (VIGINUM)“ (Premiere Ministre 2021) innerhalb des Verteidigungsministeriums eingerichtet. Und in den **USA** gibt es das „Foreign Malign Influence Centre“, ein operatives Anti-Desinformationsbüro, das 2022 im National Counterintelligence and Security Centre der US-Regierung eingerichtet wurde. Es hat die Aufgabe, die nachrichtendienstlichen Bemühungen zu überwachen und zu koordinieren, die darauf abzielen, jegliche *Desinformation* bei Wahlen und/oder zur Beeinflus-

sung der öffentlichen Meinung in den USA (FCMI; Klippenstein 2023; U.S. Congress 2023) zu bekämpfen.

5 Politische Risiken minimieren

Ungeachtet der Notwendigkeit umfassender Maßnahmen zum Umgang mit *Desinformationen* müssen Staaten bei der Umsetzung ihrer Politik die Risiken im Auge behalten. Wenn sie nicht von Schutzmaßnahmen begleitet werden, können einige Initiativen unwirksam sein, von böswilligen Akteuren missbraucht werden oder die Redefreiheit verletzen. Wenn Regierungen einige Richtlinien befolgen, können sie die potenziellen Nachteile ihrer Maßnahmen abmildern und eine wirksame Kombination von Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Öffentlichkeit einsetzen.

Im Folgenden erörtern wir die Risiken und Potenziale der Umsetzung von Initiativen in jeder der fünf Kategorien unserer Typologie.

Entschärfung falscher Informationen:

- Im Allgemeinen werden wir nicht in der Lage sein, *Desinformationen* zu verbieten oder dauerhaft zu löschen. Versuche, die Verbreitung von *Desinformationen* zu kriminalisieren, haben einen fragwürdigen Nutzen und bergen gleichzeitig große Risiken für bürgerliche Freiheiten. Insbesondere die strafrechtliche Verfolgung von Einzelpersonen, die *Desinformationen* verbreiten, hat nur eine begrenzte Wirkung auf die größere Dynamik der digitalen *Desinformation*. Miró-Llinares und Aguerri argumentieren sogar, dass es keinen Zusammenhang zwischen individuellem Verhalten und den bekannten schädlichen Auswirkungen von *Desinformation* gibt und daher auch keine rechtliche Rechtfertigung für ihre Kriminalisierung (2023, 369).
- Umgekehrt bietet die Förderung von Fact-Checking Initiativen und Medienkompetenzen durch Finanzierung, Werbung und Aufklärungskampagnen einen größeren Nutzen. Fact-Checking-Initiativen können dazu beitragen, das Vertrauen in die Richtigkeit von Informationen aufrechtzuerhalten, indem sie einen standardisierten, professionellen Maßstab für den Journalismus fördern. Außerdem wird dadurch die Einschränkung der Meinungsfreiheit minimiert. Allerdings ist Fact-Checking in dem Umfang und mit der Geschwindigkeit, die erforderlich sind, um falsche Informationen im Internet einzudämmen, bestenfalls eine Herausforderung (Bateman und Jackson 2024, 29). Ähnlich wie bei der Durchführung von Medienkompetenzkampagnen in großem Umfang und für alle Altersgruppen erfordert dies die Mobilisierung erheblicher wirtschaftlicher Ressourcen zur Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft und journalistischen Faktenprüfer:innen, über die nicht alle Regierungen verfügen (Cipers et al. 2023, 12). Darüber hinaus müssen Staaten Vorsicht walten lassen, wenn sie die Faktenüberprüfung selbst in die Hand nehmen, da dies sie in die heikle Lage versetzt, das legitime Narrativ zu bestimmen und gleichzeitig die für eine Demokratie charakteristische Meinungsvielfalt zu schützen. Staatlich durchgeführtes Fact-Checking muss auf transparenten Standards und gesellschaftlicher Kontrolle der jeweiligen Fact-Checking-Operation aufbauen.

Regulierung digitaler Intermediäre

- Rechtsvorschriften, die auf digitale Dienste abzielen, bergen ein ähnliches Risiko, dass die Entscheidung über Wahrheit und Unwahrheit in den Händen einiger weniger liegt. Digitale Dienste dazu zu verpflichten, die Verbreitung von *Desinformationen* auf ihren Plattformen

zu entfernen oder abzuschwächen, kann ihre ohnehin schon übergroße Macht über den Online-Diskurs noch verstärken (Helberger 2020).

- Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die auf die Plattformen ausgerichteten Regulierungsbemühungen Aufsichts-, Rechtsbehelfs- und Transparenzmechanismen für mehrere Interessengruppen umfassen – bei erfolgreicher Umsetzung und Durchsetzung könnte sich der DSA als nachahmenswertes Beispiel erweisen. Allerdings wird auch der DSA Anpassungen erfordern, um Machtungleichgewichte und Marktdynamiken außerhalb der Europäischen Union zu berücksichtigen.

Förderung der Transparenz und der Qualität von staatlicher Kommunikation

- Die Verbesserung der Transparenz und der Qualität von Regierungsinformationen auf der Grundlage von Standards für Zuverlässigkeit, überprüfbare Fakten und offene Daten ist eine wichtige Maßnahme, die die demokratischen Standards für von der Regierung stammende Informationen verbessern kann. Wie bei der Überprüfung von Fakten durch die Regierung ist auch bei solchen Maßnahmen Vorsicht geboten, wenn es Hinweise darauf gibt, dass Regierungen offizielle Kommunikationskanäle nutzen, um unzuverlässige Darstellungen zu fördern, die ihre eigenen politischen Interessen zum Nachteil der Bevölkerung begünstigen.
- Autoritäre Staaten sind dafür bekannt, dass sie Kommunikationsstrategien anwenden, die ihren eigenen Zwecken dienen, und die Grenze zwischen öffentlicher Kommunikation und staatlicher Propaganda kann sehr schmal sein. Die Einführung von Governance-Strukturen, die eine Überwachung der Politikgestaltung und der Kommunikation ermöglichen, kann ein wertvolles Instrument sein, um Fälle zu erkennen und anzugehen, in denen diese Grenze überschritten wird. Die Kombination mit Bürger:innenräten und/oder beratenden Gremien, an denen mehrere Interessengruppen beteiligt sind, kann dieses Risiko minimieren, wenn auch nicht aufheben.

Stärkung des Medienpluralismus und des professionellen Journalismus

- Die Stärkung des Medienpluralismus und des professionellen Journalismus ist ein wirksames Mittel, um den Herausforderungen von *Desinformationen* entgegenzuwirken. Die Pflege professioneller journalistischer Praktiken kann dazu beitragen, dass Bürger:innen gut genug informiert sind, um z. B. den wirtschaftlichen und politischen Druck zu erkennen und zu verstehen, der bestimmt, wie die sozialen Medien die Inhalte, mit denen sie täglich interagieren, individuell und gezielt gestalten (Jungherr und Schroeder 2021).
- In diesem Zusammenhang wird der Rückgang des Lokaljournalismus mit der Erosion des bürgerlichen Engagements, des Wissens und des Vertrauens in Verbindung gebracht – alles grundlegende Merkmale einer gesunden Öffentlichkeit. Daher könnte die Stärkung der Rolle der öffentlichen Medien und des professionellen Journalismus „plausibel dazu beitragen, solche Trends aufzuhalten oder umzukehren“ (Bateman und Jackson 2024, 4) und somit zu einer fruchtbaren öffentlichen Debatte beitragen. Politische Entscheidungsträger:innen sollten den professionellen Journalismus nicht als selbstverständlich ansehen oder die Mediensysteme der Dynamik des privaten Marktes überlassen – der Aufbau von Vertrauen in öffentliche Systeme ist eine langwierige und mühsame Arbeit, die schnell ins Wanken gerät, wenn die Arbeitsbedingungen professioneller Journalist:innen prekär sind.

Aufbau von öffentlichen Einrichtungen

- Die Einrichtung neuer Verwaltungsorgane, die sich dem Schutz der nationalen Sicherheit widmen, birgt Risiken für bürgerliche Freiheitsrechte. Innerhalb des Informationsökosystems kann eine [Über-]Betonung der nationalen Sicherheit dazu führen, dass die Privatsphäre, die Redefreiheit und andere Rechte untergraben und ausgehöhlt werden.

Dies kann die Fähigkeit einiger Personen zur Teilnahme am öffentlichen Leben beeinträchtigen, was dem Ziel des Schutzes des öffentlichen Diskurses zuwiderläuft. Dieser Gedanke wird durch Belege aus den **Vereinigten Staaten** untermauert, wo die Kompetenzen von Geheimdiensten zu einer weit verbreiteten staatlichen Überwachung geführt hat, die die Rechte der Bürger:innen auf Privatsphäre und Datenschutz beeinträchtigt.

- Aus diesem Grund ist die demokratische Kontrolle solcher Einrichtungen eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung eines Gleichgewichts zwischen nationaler Sicherheit und einer gesunden, in den Grundrechten verankerten Öffentlichkeit. Außerdem kann die Einrichtung neuer Agenturen durch hohe Kosten erschwert werden, was wiederum dazu führt, dass diese Politik nur für Staaten mit größeren finanziellen Ressourcen in Frage kommt. Wie im Fall der öffentlichen Stellen, die sich der *Desinformation* widmen, ist die demokratische Schwelle hoch; in einer demokratischen Gesellschaft sollte die Aufgabe, Wahrheit von Unwahrheit zu unterscheiden, der gesellschaftlichen Debatte überlassen bleiben und nicht den Verwaltungsbehörden übertragen werden. Wenn dieser Ansatz verfolgt wird, sollten Staaten die Aufsicht sicherstellen und, wenn möglich, die Zivilgesellschaft in ihre Verwaltungsstrukturen einbeziehen, um die Rechenschaftspflicht zu erhöhen.

Der Schlüssel: Umfassende, vernetzte Gegenmaßnahmen

Die Betrachtung von *Desinformation* aus einer vergleichenden Perspektive bereichert unser Verständnis über Demokratien, die jedoch mit einem Widerspruch behaftet ist: Obwohl *Desinformation* zunehmend zu einem globalen Problem wird, das viele Realitäten betrifft, nimmt sie je nach Kontext sehr unterschiedliche Formen an. Unsere Analyse macht deutlich, dass es kein Patentrezept gibt, auf das Staaten zurückgreifen können, wenn sie Maßnahmen ergreifen. Stattdessen müssen die Gegenmaßnahmen breit gefächert und umfassend sein: Neben der Eindämmung von Falschinformationen muss auch die öffentliche Debatte auf allen Ebenen gefördert werden: Bildung, Medienpluralismus, Steuerung digitaler Intermediäre, staatliche Transparenz, Investitionen und spezialisierte Verwaltungsorgane, um nur einige zu nennen.

Es kommt auf die Mischung der Instrumente und Maßnahmen an: Kein Staat kann die Herausforderungen von *Desinformationen* allein bewältigen und eine einzelne Maßnahme wird das Problem ebenfalls nicht lösen. Eine sorgfältige Bewertung der Auswirkungen von Maßnahmen zur Förderung einer gesunden Öffentlichkeit für jeden politischen und sozialen Kontext und eine kontinuierliche Reflexion und Bewertung ihrer Risiken in einem Multi-Stakeholder-Umfeld sind entscheidend. Den Staaten kommt eine wichtige Rolle bei der Stärkung unserer Demokratien zu, aber sie müssen sich bewusst sein, dass unser Informationsökosystem von Pluralismus und einem sorgfältigen Gleichgewicht lebt.

Referenzen

ACCC. 2021. *News Media Bargaining Code*. Australia. Verfügbar unter: www.accc.gov.au/by-industry/digital-platforms-and-services/news-media-bargaining-code/news-media-bargaining-code. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Access Partnership. 2022. *Access Alert: Taiwan Releases Digital Intermediary Services Act*. Verfügbar unter: <https://accesspartnership.com/access-alert-taiwan-releases-digital-intermediary-services-act/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

ACMA. 2022. *News Mmedia Bbargaining Ccode*. Australian Communications and Media Authority. Verfügbar unter: www.acma.gov.au/news-media-bargaining-code. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

ACMA – Australian Communications and Media Authority. *News media bargaining code*. Verfügbar unter: www.acma.gov.au/news-media-bargaining-code. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

ADTAC. n.d.-a. *National Policies Affecting Disinformation*. Verfügbar unter: https://inventory.adt.ac/wiki/National_Policies_Affecting_Disinformation. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

ADTAC. n.d.-b. *Singapore Policies Affecting Disinformation*. ADTAC Disinformation Inventory. Verfügbar unter: https://inventory.adt.ac/wiki/Singapore_Policies_Affecting_Disinformation. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

ADTAC. n.d.-c. *The Philippines Policies Affecting Disinformation*. ADTAC Disinformation Inventory. Verfügbar unter: https://inventory.adt.ac/wiki/The_Philippines_Policies_Affecting_Disinformation. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Akinwotu, Emmanuel. 2022. *Nigeria Lifts Twitter Ban Seven Months after Site Deleted President's Post*. The Guardian, 13 January 2022. Verfügbar unter: <https://www.theguardian.com/world/2022/jan/13/nigeria-lifts-twitter-ban-seven-months-after-site-deleted-presidents-post>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Amnesty International. 2021. *End Twitter Suspension in Nigeria*. Verfügbar unter: www.amnesty.org/en/petition/end-twitter-suspension-in-nigeria/. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

APEL. 2023. *The national media development program for years 2023 – 2026, approved by the Parliament*. Association for Electronic Press. Verfügbar unter: <https://apel.md/en/the-national-media-development-program-for-the-years-2023-2026-approved-by-the-parliament/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Barrera, Oscar, Sergei Guriev, Emeric Henry, and Ekaterina Zhuravskaya. 2020. *Facts, Alternative Facts, and Fact Checking in Times of Post-Truth Politics*. Journal of Public Economics 182 (February): 104123. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2019.104123>.

Bateman, Jon, and Dean Jackson. 2024. *Countering Disinformation Effectively. An Evidence-Based Policy Guide*. Carnegie Endowment for International Peace. Verfügbar unter: https://carnegieendowment.org/files/Carnegie_Countering_Disinformation_Effectively.pdf. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Batista Pereira, Frederico, Natália S. Bueno, Felipe Nunes, and Nara Pavão. 2022. *Fake News, Fact Checking, and Partisanship: The Resilience of Rumors in the 2018 Brazilian Elections*. *The Journal of Politics* 84 (4): 2188 – 2201. <https://doi.org/10.1086/719419>.

Berger, Cathleen, Charlotte Freihse, Vincent Hofmann, Matthias C. Kettemann, Katharina Mosene. 2023. *The EU elections 2024: The EU Elections 2024: How to build resilience against disinformation campaigns on social platforms*. Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2023083>.

Bernhard, Lukas, Leonie Schulz, Cathleen Berger, Kai Unzicker. 2024. *Verunsicherte Öffentlichkeit. Superwahljahr 2024: Sorgen in Deutschland und den USA wegen Desinformationen*. Bertelsmann Stiftung. <https://doi.org/10.11586/2024020>

Boring, Nicolas. 2018. *France: Senate Rejects 'Fake News Ban' Bills*. Web Page. Library of Congress. Verfügbar unter: www.loc.gov/item/global-legal-monitor/2018-09-24/france-senate-rejects-fake-news-ban-bills/. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Bundesregierung, *Desinformation – Was die Bundesregierung unternimmt und was Sie tun können*. 19. Juli 2023. Verfügbar unter: www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/gefaehrliche-falschnachrichten-1905340. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Busch, Christoph, Inge Graef, Jeanette Hofmann, Annabelle Gawer. 2021. *Uncovering blindspots in the policy debate on platform power*. Final Report of the Expert Group for the Observatory on the Online Platform Economy. European Commission. Verfügbar unter: <https://platformobservatory.eu/app/uploads/2021/03/05Platformpower.pdf>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Calhoun, Craig. 1993. *Habermas and the Public Sphere*. MIT Press.

Campo, Agustina Del. 2021. *Disinformation in Democracy or the Democracy of Disinformation?* Universidad de Palermo. Verfügbar unter: <https://dspace.palermo.edu/dspace/bitstream/handle/10226/2341/Disinformation-in-democracy.pdf?sequence=1&isAllowed=y>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Campos Mello, Patricia. 2023. *Adiamento da votação do PL 2630 é vitória da extrema direita e das plataformas*. Folha de São Paulo. 2. Mai 2023. Verfügbar unter: www1.folha.uol.com.br/poder/2023/05/adiamento-da-votacao-do-pl-2630-e-vitoria-da-extrema-direita-e-das-plataformas.shtml. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Carson, Andrea, and Liam Fallon. 2021. *Fighting Fake News: A Study of Online Misinformation Regulation in the Asia Pacific*. La Trobe University. Verfügbar unter: https://www.latrobe.edu.au/_data/assets/pdf_file/0019/1203553/carson-fake-news.pdf. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Cheong, Ben Chester. 2023. *Opinion: Singapore Has Recognized the Real Danger of Disinformation*. Nikkei Asia. 9. November 2023. Verfügbar unter: <https://asia.nikkei.com/Opinion/Singapore-has-recognized-the-real-danger-of-disinformation>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Cipers, Samuel, Trisha Meyer, and Jonas Lefevere. 2023. *Government Responses to Online Disinformation Unpacked*. Internet Policy Review 12 (4). <https://doi.org/10.14763/2023.4.1736>.

Citron, Danielle, and Robert Chesney. 2019. *Deep Fakes: A Looming Challenge for Privacy, Democracy, and National Security*. California Law Review 107 (6): 1753.

CJI. 2021. *In Five Years, Media Education Has Reached All Districts and Municipalities of Moldova*. Verfügbar unter: <https://cji.md/en/in-cinci-ani-disciplina-educatie-pentru-media-a-ajuns-in-toate-raioanele-si-municipiile-tarii/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Cravcenco-Zaharia, Lilia. 2022. *The society-wide battle against disinformation in Moldova*. Policy Brief n. 18. Media Enabling Democracy, Inclusion and Accountability in Moldova (MEDIA-M) Project. Verfügbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2022-11/fh-pb_18-Society-wide-Battle-Against-Disinformation_Eng-v5.pdf. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

CSO Meter. 2022. *Moldova adopts new anti-disinformation law*. Verfügbar unter: <https://csometer.info/updates/moldova-adopts-new-anti-disinformation-law>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

CSO Meter. 2023. *Moldova to Establish New State Body to Combat Disinformation*. Verfügbar unter: <https://csometer.info/updates/moldova-establish-new-state-body-combat-disinformation>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Deutscher Bundestag. 2022. *Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken*. Verfügbar unter: www.gesetze-im-internet.de/netzdg/BJNR335210017.html. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology (European Commission). 2023. *Digital Services Act: Application of the Risk Management Framework to Russian Disinformation Campaigns*. Publications Office of the European Union. Verfügbar unter: <https://data.europa.eu/doi/10.2759/764631>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Directorate-General for Communications Networks, Content and Technology (European Commission). 2018. *A Multi-Dimensional Approach to Disinformation: Report of the Independent High level group on fake news and online disinformation*. Publications Office of the European Union. Verfügbar unter: <https://data.europa.eu/doi/10.2759/0156>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Directorio Legislativo. n.d. *NODIO: An Observatory Created by the Government to Control Media Misinformation: Argentina*. Fundación Directorio Legislativo. Verfügbar unter: <https://civicspace-guardian.directoriolegislativo.org/index.php/2020/10/26/no-dio-an-observatory-created-by-the-government-to-control-media-misinformation-newsletter/>. Letzter Zugriff am 19. April 2024.

DW. 2019. *Taiwan passes law to curb China's influence*. Deutsche Welle, 31 December 2019. Verfügbar unter: www.dw.com/en/taiwan-law-passed-to-kill-chinas-influence-ahead-of-elections/a-51844848. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

EEAS. 2021. *Tackling Disinformation, Foreign Information Manipulation & Interference*. European Union External Action Service. Verfügbar unter: www.eeas.europa.eu/eeas/tackling-disinformation-foreign-information-manipulation-interference_en. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

EU DisinfoLab. n.d. *Member State Actions*. EU DisinfoLab. Verfügbar unter: www.disinfo.eu/resources/member-state-actions/. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

European Commission. 2022. *Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing a common framework for media services in the internal market (European Media Freedom Act) and amending Directive 2010/13/EU*. COM(2022) 457 final. European Commission. Verfügbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:52022PC0457>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

European Commission. 2022. *The 2022 Code of Practice of Disinformation*. European Commission. Verfügbar unter: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/code-practice-disinformation>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

European Commission. 2023. *New call for proposals supports EU fact-checkers in debunking disinformation*. Press Release. European Commission. Verfügbar unter: <https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/news/new-call-proposals-supports-eu-fact-checkers-debunking-disinformation>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

FMIC. n.d. *What We Do*. Foreign Malign Influence Center. Verfügbar unter: <https://www.odni.gov/index.php/ncsc-what-we-do/340-about/organization/foreign-malign-influence-center;%20https://theintercept.com/2023/05/05/foreign-malign-influence-center-disinformation/>. Letzter Zugriff am 19. April 2024.

Freedom House. 2023. *Freedom on the Net 2023: Taiwan*. Freedom House. Verfügbar unter: <https://freedomhouse.org/country/taiwan/freedom-net/2023>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Funke, Daniel, and Daniela Flamini. 2018. *A Guide to Anti-Misinformation Actions around the World*. Poynter. Verfügbar unter: www.poynter.org/ifcn/anti-misinformation-actions/. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

G1. 2023. *Criado para divulgar dados sobre Covid, consórcio de veículos de imprensa chega ao fim*. G1, 28 January 2023. Verfügbar unter: <https://g1.globo.com/jornal-nacional/noticia/2023/01/28/consorcio-de-veiculos-de-imprensa-encerra-trabalho-de-divulgacao-dos-numeros-da-covid.ghtml>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Gobierno Argentino. n.d. *Redes para el Bien Común*. Verfügbar unter: www.argentina.gob.ar/consejo/redesparaelbiencomun. Letzter Zugriff am 20. Februar 2024.

Government of Canada. 2023. *Digital Citizen Initiative – Online disinformation and other online harms and threats*. Canada.ca. Verfügbar unter: <https://www.canada.ca/en/canadian-heritage/services/online-disinformation.html>. Letzter Zugriff am 18. April 2024..

Government of Canada. n.d. *Countering Disinformation with Facts – Russian invasion of Ukraine*. Verfügbar unter: www.international.gc.ca/world-monde/issues_development-enjeux_developpement/response_conflict-reponse_conflits/crisis-crisis/ukraine-fact-fait.aspx?lang=eng. Letzter Zugriff am 10. Januar 2024.

Grossmann, Matt, and David A. Hopkins. 2018. *From Fox News to Viral Views: The Influence of Ideological Media in the 2018 Elections*. *The Forum* 16 (4): 551 – 71. <https://doi.org/10.1515/forum-2018-0037>.

Helberger, Natali. 2020. *The Political Power of Platforms: How Current Attempts to Regulate Misinformation Amplify Opinion Power*. *Digital Journalism* 8 (6): 842 – 54. <https://doi.org/10.1080/21670811.2020.1773888>.

Heldt, Amélie. 2019. *Reading between the Lines and the Numbers: An Analysis of the First NetzDG Reports*. *Internet Policy Review* 8 (2). Verfügbar unter: <https://policyreview.info/articles/analysis/reading-between-lines-and-numbers-analysis-first-netzdg-reports>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Hofmann, Jeanette. 2024. *Desinformation als Symptom: Ein Überblick*. Bundesamt für Verfassungsschutz. 20 – 31.

Humprecht, Edda, Frank Esser, Peter Van Aelst, Anna Staender, and Sophie Morosoli. 2023. *The Sharing of Disinformation in Cross-National Comparison: Analyzing Patterns of Resilience*. *Information, Communication & Society* 26 (7): 1342 – 62. <https://doi.org/10.1080/1369118X.2021.2006744>.

Iglesias Keller, Clara, and Diego Werneck Arguelhes. 2022. *How Courts Became a Battlefield against Disinformation: The 2022 Brazilian Elections*. *Verfassungsblog*, 20 September 2022. Verfügbar unter: <https://verfassungsblog.de/how-courts-became-a-battlefront-against-disinformation/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Iglesias Keller, Clara. 2021. *Don't Shoot the Message: Regulating Disinformation Beyond Content*. *Revista Direito Público* 18 (99): 486 – 515.

IMDA. 2023. *IMDA's Online Safety Code Comes into Effect*. Infocomm Media Development Authority. Verfügbar unter: <https://www.imda.gov.sg/resources/press-releases-factsheets-and-speeches/press-releases/2023/imdas-online-safety-code-comes-into-effect>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Jungherr, Andreas, and Ralph Schroeder. 2021. *Disinformation and the Structural Transformations of the Public Arena: Addressing the Actual Challenges to Democracy*. *Social Media + Society* 7 (1): 205630512198892. <https://doi.org/10.1177/2056305121988928>.

Karpf, David. 2019. *On Digital Disinformation and Democratic Myths*. MediaWell, Social Science Research Council. <https://doi.org/10.35650/MD.2012.d.2019>.

Khan, Irene. 2021. *Disinformation and Freedom of Opinion and Expression*. Report of the Special Rapporteur on the promotion and protection of the right to freedom of opinion and expression. A/HRC/47/25. United Nations, General Assembly.

Kira, Beatriz, Laura Schertel Mendes. 2023. *A Primer on the UK Online Safety Act*. Verfassungsblog. 13. November 2023. Verfügbar unter: <https://verfassungsblog.de/a-primer-on-the-uk-online-safety-act/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Klippenstein, Ken. 2023. *The government created a new disinformation office to oversee all the other ones*. The Intercept. 5. Mai 2023. Verfügbar unter: <https://theintercept.com/2023/05/05/foreign-malign-influence-center-disinformation/>. Letzter Zugriff am 24. April 2024.

Law.Africa. 2017. *Malawi: Electronic Transactions and Cybersecurity Act*. FRBR URI: /akn/mw/act/2016/33/eng@2017-12-31. Law.Africa Legislation Commons. Verfügbar unter: <https://media.malawilii.org/files/legislation/akn-mw-act-2016-33-eng-2017-12-31.pdf>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Levush, Ruth. 2019. *Government Responses to Disinformation on Social Media Platforms: Argentina, Australia, Canada, China, Denmark, Egypt, European Union, France, Germany, India, Israel, Mexico, Russian Federation, Sweden, United Arab Emirates, United Kingdom*. Copyright, Fair Use, Scholarly Communication, Etc., no. 178 (September). Verfügbar unter: <https://digitalcommons.unl.edu/scholcom/178/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

LEXOTA. n.d.-a. *LEXOTA*. Interactive Tool. Verfügbar unter: <https://lexota.org/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

LEXOTA. n.d.-b. *Nigeria Country Analysis*. LEXOTA. Accessible at: <https://lexota.org/country/nigeria/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Lorenz-Spreen, Philipp, Lisa Oswald, Stephan Lewandowsky, and Ralph Hertwig. 2023. *A Systematic Review of Worldwide Causal and Correlational Evidence on Digital Media and Democracy*. Nature Human Behaviour 7 (1): 74 – 101. <https://doi.org/10.1038/s41562-022-01460-1>.

Matasick, Craig, Carlotta Aldonsi, and Alessandro Bellantoni. 2020. *Governance Responses to Disinformation: How Open Government Principles Can Inform Policy Options*. OECD Working Papers on Public Governance 39. OECD. <https://doi.org/10.1787/d6237c85-en>.

McGregor, Shannon C. 2019. *Social Media as Public Opinion: How Journalists Use Social Media to Represent Public Opinion*. Journalism 20 (8): 1070 – 86. <https://doi.org/10.1177/1464884919845458>.

Media Azi. 2023. *The Parliament Approves the National Media Development Program for 2023 – 2026*. Media Azi. 7 Juli 2023. Verfügbar unter: <https://media-azi.md/en/parlamentul-a-aprobat-programul-national-de-dezvoltare-a-mass-mediiei-pentru-anii-2023-2026/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Meese, James, and Edward Hurcombe. 2022. *Global Platforms and Local Networks: An Institutional Account of the Australian News Media Bargaining Code*. In *Digital Platform Regulation*, edited by Terry Flew and Fiona R. Martin, 151 – 72. Palgrave Global Media Policy and Business. Cham: Springer International Publishing. https://doi.org/10.1007/978-3-030-95220-4_8.

Mendel, Toby, Angel García Castillejo, and Gustavo Gómez. 2017. *Concentration of Media Ownership and Freedom of Expression: Global Standards and Implications for the Americas – UNESCO Digital Library*. UNESCO Office Montevideo and Regional Bureau for Science in Latin America and the Caribbean. Verfügbar unter: <https://unesdoc.unesco.org/ark:/48223/pf0000248091>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

MinCiencia. 2023. *Comisión Asesora Contra La Desinformación*. Ministerio de Ciencia, Tecnología, Conocimiento e Innovación. Verfügbar unter: www.minciencia.gob.cl/areas/comision-contra-la-desinformacion/. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Miró-Llinares, Fernando, and Jesús C. Aguerri. 2023. *Misinformation about Fake News: A Systematic Critical Review of Empirical Studies on the Phenomenon and Its Status as a 'Threat.'* *European Journal of Criminology* 20 (1): 356 – 74. <https://doi.org/10.1177/1477370821994059>.

Mourão, Rachel R., and Craig T. Robertson. 2019. *Fake News as Discursive Integration: An Analysis of Sites That Publish False, Misleading, Hyperpartisan and Sensational Information*. *Journalism Studies* 20 (14): 2077 – 95. <https://doi.org/10.1080/1461670X.2019.1566871>.

Nalvarte, Paola. 2021. *Freedom of Expression Advocates Alarmed at New Provincial Media Observatory in Argentina*. *LatAm Journalism Review*. Knight Center. Verfügbar unter: <https://latam-journalismreview.org/articles/provincial-media-observatory-sounds-alarm-for-freedom-of-expression-advocates-in-argentina/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Newman, Nic, Richard Fletcher, Kirsten Eddy, Craig T. Robertson, and Rasmus Kleis Nielsen. 2023. *Reuters Institute Digital News Report 2023*. Reuters Institute. Verfügbar unter: https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/sites/default/files/2023-06/Digital_News_Report_2023.pdf. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Onuah, Felix. 2023. *Nigeria asks social media giants to curb fake news ahead of election*. Reuters. 3. Februar 2023. Verfügbar unter: www.reuters.com/world/africa/nigeria-asks-social-media-giants-curb-fake-news-ahead-election-2023-02-03/. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Orbitax. 2023. *Moldova to Introduce Tax Incentives to Support National Media Development*. Orbitax Tax News & Alerts. Verfügbar unter: <https://orbitax.com//news/archive.php/Moldova-to-Introduce-Tax-Incen-52781>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Pamment, James. 2021. *RESIST 2 Counter Disinformation Toolkit*. UK Government Communication Services. Verfügbar unter: <https://gcs.civilservice.gov.uk/publications/resist-2-counter-disinformation-toolkit/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Première Ministre. 2021. *Décret n° 2021-922 du 13 juillet 2021 portant création, auprès du secrétaire général de la défense et de la sécurité nationale, d'un service à compétence nationale dénommé « service de vigilance et de protection contre les ingérences numériques étrangères »*. JORF, no. 0162 (July). Verfügbar unter: <https://www.legifrance.gouv.fr/jorf/id/JORF-TEXT000043788361>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Presidência da República do Brasil. 2019. *Lei No 13.834, De 4 De Junho De 2019*. Secretaria-Geral. Subchefia para Assuntos Jurídicos. Verfügbar unter: www.planalto.gov.br/ccivil_03/_ato2019-2022/2019/lei/l13834.htm. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Presidência da República do Brasil. n.d. *Brasil Contra Fake*. Secretaria de Comunicação Social. Verfügbar unter: www.gov.br/secom/pt-br/fatos/brasil-contra-fake. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Reynolds, Matt. 2019. *What Is Article 13? The EU's Divisive New Copyright Plan Explained*. Wired, 24. Mai 2019. Verfügbar unter: www.wired.com/story/what-is-article-13-article-11-european-directive-on-copyright-explained-meme-ban/. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Roudik, Peter, Graciela Rodriguez-Ferrand, Edouardo Soares, Tariq Ahmad, Laney Zhang, George Sadek, Nicolas Boring, et al. 2019. *Initiatives to Counter Fake News in Selected Countries: Argentina, Brazil, Canada, China, Egypt, France, Germany, Israel, Japan, Kenya, Malaysia, Nicaragua, Russia, Sweden, United Kingdom*. Copyright, Fair Use, Scholarly Communication, Etc., no. 179 (April). Verfügbar unter: <https://digitalcommons.unl.edu/scholcom/179>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Sass, Maren. 2022. *How Taiwan Is Countering Chinese Disinformation*. Deutsche Welle, 25. August 2022. Verfügbar unter: <https://www.dw.com/en/how-taiwan-is-countering-chinese-disinformation/a-62931086>. Letzter Zugriff am 18. April 2024

Singapore Ministry of Communications and Information. 2023. *Online Safety (Miscellaneous Amendments) Act Takes Effect on 1 February 2023*. Press Release. Singapore Ministry of Communications and Information. Verfügbar unter: www.mci.gov.sg/media-centre/press-releases/online-safety-act-takes-effect-on-1-february-2023/. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Télam S.E. 2024. *Confiar: Infodemia. La Epidemia Informativa de La Pandemia*. The Wayback Machine, 30. Januar 2024. Verfügbar unter: <https://web.archive.org/web/20240130031601/https://confiar.telam.com.ar/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Tsang, Christy. 2020. *Activists in Asia Fear Anti-Disinformation Efforts Will Suppress Free Speech*. Analysis. Heinrich Böll Stiftung Brussels. Verfügbar unter: <https://hk.boell.org/en/2020/07/28/activists-asia-fear-anti-disinformation-efforts-will-suppress-free-speech>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

U.S. Congress. 2022. *50 USC 3059: Foreign Malign Influence Center*. United States Code. Office of the Law Revision Counsel. Verfügbar unter: [https://uscode.house.gov/view.xhtml?req=\(title:50%20section:3059%20edition:prelim\)](https://uscode.house.gov/view.xhtml?req=(title:50%20section:3059%20edition:prelim)). Letzter Zugriff am 18. April 2024.

U.S. Department of State. 2024. *Disarming Disinformation: Our Shared Responsibility*. Policy Issue. U.S. Department of State. Verfügbar unter: <https://www.state.gov/disarming-disinformation/>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

UK Government. 2022. *Guidance: Media Literacy Taskforce Fund*. Department for Science, Innovation and Technology, Department for Digital, Culture, Media & Sport. Verfügbar unter: <https://www.gov.uk/guidance/media-literacy-taskforce-fund>. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

UK Parliament. 2023. *Online Safety Act 2023*. 2023 CHAPTER 50. UK Public General Acts. Verfügbar unter: www.legislation.gov.uk/ukpga/2023/50/enacted. Letzter Zugriff am 18. April 2024.

Wardle, Claire, and Hossein Derakhshan. 2017. *Information Disorder: Toward an Interdisciplinary Framework for Research and Policy Making*. (2017) 9. Council of Europe Report. Council of Europe.

Anhang I

Category 1: Mitigating false information

Country	Action	Form	Source
Australia	Electoral and Other Legislation Amendment Act 2017	Legislation	www.aph.gov.au/Parliamentary_Business/Bills_Legislation/bd/bd1617a/17bd101
Australia	Electoral Integrity Assurance taskforce	Task Force	www.aec.gov.au/about_aec/electoral-integrity.htm
Australia	Combatting Misinformation and Disinformation Bill	Legislative Proposal	www.infrastructure.gov.au/sites/default/files/documents/communications-legislation-amendment-combatting-misinformation-and-disinformation-bill-2023-factsheet-june2023.pdf
Argentina	Amendment on Campaign Financing Law	Legislation	http://servicios.infoleg.gob.ar/infolegInternet/anexos/120000-124999/124231/texact.htm
Brazil	Jurisprudence and updated regulation of rules applicable to disinformation and digital content during elections	Jurisprudence	www.tse.jus.br/comunicacao/noticias/arquivos/assinatura-de-acordos-plataformas-digitais
Brazil	Fact-checking	Fact-checking initiative	www.gov.br/secom/pt-br/fatos/brasil-contra-fake
Brazil	Amendment to Electoral Law (Law 13.834/2019)	Legislation	www.planalto.gov.br/ccivil_03/_ato2019-2022/2019/lei/113834.htm#:~:text=LEI%20N%2013.834%2C%20DE%204%20DE%20JUNHO%20DE%202019,-Mensagem%20de%20veto&text=Mensagem%20de%20veto-,Altera%20a%20Lei%20n%204.737%2C%20de%2015%20de%20julho%20de,par%C3%A1grafo%205%20do%20art.
Canada	Countering disinformation about the war on Ukraine	Fact-checking	www.international.gc.ca/world-monde/issues_development-enjeux_developpement/response_conflict-reponse_conflits/crisis-crisis/ukraine-fact-fait.aspx?lang=eng
Canada	Elections Modernization Act	Legislation	https://laws-lois.justice.gc.ca/eng/Annual-Statutes/2018_31/page-1.html
Canada	Digital Citizen Government Initiative	Government Strategy	www.canada.ca/en/canadian-heritage/services/online-disinformation.html
Chile	Legislative Bills approaching disinformation	Legislative Proposal	www.fastcheck.cl/2023/08/28/los-proyectos-de-ley-que-quieren-regular-la-desinformacion-en-chile-actualizado/
European Union	European Digital Media Observatory	Promotion of fact-checking and media literacy initiatives	https://edmo.eu
European Union	Code of Practice against Disinformation	Code of Practice (soft-law)	https://digital-strategy.ec.europa.eu/en/policies/code-practice-disinformation
European Union	Proposal for Political Advertisement Regulation	Legislative Proposal	https://epd.eu/what-we-do/policy/digital-democracy/

Upgrade Democracy

Staatliche Maßnahmen gegen Desinformation

European Union	Funding for Disinformation Research	Funding and Development	www.eeas.europa.eu/sites/default/files/action_plan_against_disinformation.pdf
European Union	Defence of Democracy Package	Strategy	www.europarl.europa.eu/legislative-train/theme-a-new-push-for-european-democracy/file-defence-of-democracy-package; https://epd.eu/content/uploads/2023/12/Defence-of-Democracy-Handout_27-Nov-2023.pdf
France	Amendments to the Electoral Law	Legislation	www.assemblee-nationale.fr/dyn/15/textes/115t0190_texte-adopte-provisoire.pdf;
Germany	Governmental support for diverse media literacy initiatives	Funding and Institutional Support	www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/gefaehrliche-falschnachrichten-1905340
Germany	Research Funding	Funding and Development	www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/forschung-desinformation-1870924
Israel	Committee on Electoral Law Reform	Consulting Committee	https://irp.fas.org/eprint/lloc-fake-news.pdf
Kenya	Guidelines on Prevention of Dissemination of Undesirable Bulk and Premium Rate Political Messages and Political Social Media Content via Electronic Communication Networks (published in 2017)	Administrative Regulation	www.ca.go.ke/sites/default/files/2023-06/Guidelines-on-Prevention-of-Dissemination-of-Undesirable-Bulk-and-Premium-Rate-Political-Messages-and-Political-Social-Media-Content-Via-Electronic-Networks-1.pdf
Malawi	Electronic Transactions and Cyber Security Act, 2016	Legislation	https://lexota.org/country/malawi/
Moldova	Media Literacy Strategy	Support for Media Literacy Initiatives	https://cji.md/wp-content/uploads/2022/02/ML_Moldova_Country_Report_2021-1.pdf
Nigeria	Cybercrimes Act	Legislation	https://lexota.org/country/nigeria/
Philippines	COVID-19 National Emergency law, Republic Act No. 11469	Legislation	www.officialgazette.gov.ph/2020/03/24/republic-act-no-11469/
Philippines	Amendments to the Penal Code	Legislation	www.poynter.org/ifcn/anti-misinformation-actions/#taiwan
Singapore	Media Literacy	Support for Media Literacy Initiatives	www.imda.gov.sg/how-we-can-help/media-literacy-council
Singapore	Protection from Online Falsehoods and Manipulation Act: In 2019	Legislation	https://sso.agc.gov.sg/Acts-Supp/18-2019/Published/20190625?DocDate%3D20190625
Taiwan	Media literacy education	Support for Media Literacy Initiatives	www.dw.com/en/how-taiwan-is-countering-chinese-disinformation/a-62931086
Taiwan	Anti-Infiltration Law	Legislation	https://law.moj.gov.tw/ENG/LawClass/LawAll.aspx?pcode=D0080067
United Kingdom	Media Literacy Strategy	Funding and Support for Media Literacy Initiatives	www.gov.uk/guidance/media-literacy-taskforce-fund
United States	Global Engagement Center Communication on Disinformation	Fact-checking	www.state.gov/disarming-disinformation/

Category 2: Governing digital intermediaries

Country	Action	Form	Source
Argentina	Promoting the right use of social media" initiative	Cooperation	www.argentina.gob.ar/consejo/redes-para-el-bien-comun/acuerdo-amplio-sobre-buenas-practicas-en-internet
Argentina	Redes para el bien comun	Various	www.argentina.gob.ar/consejo/redesparaelbiencomun
Brazil	Bill for the "Liberty, Responsibility and Transparency Online"	Legislative Proposal	www.camara.leg.br/propostas-legislativas/2256735
European Union	Digital Services Act - DSA	Legislation	https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32022R2065; www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/gefahrliche-falschnachrichten-1905340
Germany	Network Enforcement Act (NetzDG)	Legislation	https://www.gesetze-im-internet.de/netzdg/BJNR335210017.html
Israel	"Facebook Laws"	Legislative Proposal	https://irp.fas.org/eprint/lloc-fake-news.pdf
Kenya	Guidelines on Prevention of Dissemination of Undesirable Bulk and Premium Rate Political Messages and Political Social Media Content via Electronic Communication Networks	Administrative Regulation Proposal	www.article19.org/resources/kenya-new-draft-guidelines-on-dissemination-via-electronic-communications-networks-should-be-scrapped/
Nigeria	Request for social media cooperation	Cooperation	www.reuters.com/world/africa/nigeria-asks-social-media-giants-curb-fake-news-ahead-election-2023-02-03/
Nigeria	6 Months Ban on Twitter	Prohibition	www.amnesty.org/en/petition/end-twitter-suspension-in-nigeria/
Nigeria	Draft Code of Practice for Interactive Computer Service Platforms/Internet Intermediaries	Administrative Regulation	https://nitda.gov.ng/wp-content/uploads/2022/10/APPROVED-NITDA-CODE-OF-PRACTICE-FOR-INTERACTIVE-COMPUTER-SERVICE-PLATFORMS-INTERNET-INTERMEDIARIES-2022-002.pdf
Singapore	2021 Foreign Interference (Countermeasures) Act	Legislation	www.mha.gov.sg/mediaroom/press-releases/hic-provisions-of-the-foreign-interference-countermeasures-act-to-take-effect-from-7-july-2022/
Singapore	Infocomm Media Development Authority's Online Safety Code	Administrative Regulation	www.imda.gov.sg/resources/press-releases-factsheets-and-speeches/press-releases/2023/imdas-online-safety-code-comes-into-effect
Singapore	Cooperation with Social Media Companies	Cooperation	https://govinsider.asia/intl-en/article/how-can-singapore-partner-big-tech-to-fight-fake-news-twitter-mci-disg
Singapore	Online Safety (Miscellaneous Amendments) Act	Legislation	www.mci.gov.sg/media-centre/press-releases/online-safety-act-takes-effect-on-1-february-2023/
Taiwan	Digital Services Intermediary Proposal	Legislative Proposal	https://verfassungsblog.de/taiwans-participatory-plans-for-platform-governance/
United Kingdom	Cooperation with Social Media Platforms	Cooperation	Engagement with Social Media Platforms

Upgrade Democracy Staatliche Maßnahmen gegen Desinformation

United Kingdom	Online Advertising Programme		www.gov.uk/government/consultations/online-advertising-programme-consultation/online-advertising-programme-consultation
United Kingdom	Online Safety Act	Legislation	www.gov.uk/government/news/britain-makes-internet-safer-as-online-safety-bill-finished-and-ready-to-become-law

Category 3: Promoting transparency and information quality in government communications

Country	Action	Form	Source
Australia	Advertising campaign "Stop and consider"	Campaign	www.aph.gov.au/About_Parliament/Parliamentary_Departments/Parliamentary_Library/pubs/BriefingBook46p/FakeNews
Argentina	CONFIAR	Official Communication Channel	www.argentina.gob.ar/noticias/confiar-la-plataforma-oficial-para-combatir-la-infodemia
European Union	EEAA – Tasks Forces to Promote Effective Communication on EU Policies	Various	www.eeas.europa.eu/eeas/tackling-disinformation-foreign-information-manipulation-interference_en
Moldova	Information Security Strategy (2019 – 2024)	Strategy	https://iep-berlin.de/site/assets/files/2083/informd_study_against_disinformation_in_moldova.pdf
Moldova	Telegram Information Channel on Russia's war in Ukraine	Official Communication Channel	https://freedomhouse.org/sites/default/files/2022-11/fh-pb_18-Society-wide-Battle-Against-Disinformation_Eng-v5.pdf
Singapore	COVID-19 Information	Official Communication Channel	https://eu.boell.org/en/2020/07/28/activists-asia-fear-anti-disinformation-efforts-will-suppress-free-speech-0
United Kingdom	RESIST 2 Counter-Disinformation Toolkit	Protocol for government communications	https://gcs.civilservice.gov.uk/publications/resist-2-counter-disinformation-toolkit/

Category 4: Strengthening media and professional journalism

Country	Action	Form	Source
Australia	News Media and Digital Platforms Mandatory Bargaining Code	Legislation	www.acma.gov.au/news-media-bargaining-code
Australia	Select Committee on the Future of Public Interest Journalism	Legislative Committee	www.aph.gov.au/About_Parliament/Parliamentary_Departments/Parliamentary_Library/pubs/BriefingBook46p/FakeNews
European Union	European Media Freedom Act	Legislative Proposal	https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX:52022PC0457
Moldova	National Media Development Concept	Strategy	https://apel.md/en/the-national-media-development-program-for-the-years-2023-2026-approved-by-the-parliament/
Moldova	Code of Audiovisual Media Services	Legislation	https://seenpm.org/moldova-parliament-adopted-new-audiovisual-media-services-code/

Upgrade Democracy

Staatliche Maßnahmen gegen Desinformation

Moldova	Blockage of Russian-Language Websites by the Security and Intelligence Service	Blockage based on Law 753/1999	https://euvsdisinfo.eu/how-moldova-is-trying-to-regain-control-of-its-informational-space/
---------	--	--------------------------------	---

Category 5: Building up public institutions

Country	Action	Form	Source
Argentina	NODIO (Observatorio de la Desinformación y la Violencia Simbólica en Medios y Plataformas Digitales)	Administrative Unit	https://defensadepublico.gob.ar/nodio-una-iniciativa-de-la-defensoria-para-fortalecer-la-pluralidad-de-voces/
Chile	Comisión contra la desinformación	Administrative Unit	https://www.minciencia.gob.cl/areas/comision-contra-la-desinformacion; https://minciencia.gob.cl/uploads/filer_public/f5/fc/f5fc81c1-a990-4eec-87be-f3b43108beeb/informe_ii-comision_contra_la_desinformacion-04-12-23.pdf
European Union	The European Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats (Hybrid CoE)	Insitutional Initiative (with NATO)	https://www.hybridcoe.fi/about-us/
European Union	EEAS Hybrid Fusion Cell	Insitutional Initiative	https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/ras_factsheet_march_2019_0.pdf
European Union	Parliamentary Committees on Foreign Election Influence	Parliamentary Committee	https://www.europarl.europa.eu/committees/en/inge/home/highlights; https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0064_EN.html
European Union	Strategy Documents	Government Strategy	https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2020%3A790%3AFIN&qid=1607079662423; www.eeas.europa.eu/sites/default/files/action_plan_against_disinformation.pdf
Moldova	Centre for Combatting Disinformation	Administrative Unit	https://csometer.info/updates/moldova-establish-new-state-body-combat-disinformation
Moldova	Coordinating Council for ensuring information security	Administrative Unit	https://csometer.info/updates/moldova-new-coordinating-council-information-security-created-government
Philippines	Presidential Communications Office's (PCO's) Media and Information Literacy (MIL)	Administrative Unit	https://pco.gov.ph/news_releases/pco-signs-mou-with-partner-agencies-to-combat-disinformation-misinformation/
United Kingdom	Advisory committee on disinformation and misinformation	Administrative Unit	www.gov.uk/government/news/fact-sheet-on-the-cdu-and-rru; https://bigbrotherwatch.org.uk/campaigns/ministry-of-truth/#overview
United Kingdom	National Security Online Information Team (NSOIT)/ Counter Disinformation Unit (CDU)	Administrative Unit	www.gov.uk/government/news/fact-sheet-on-the-cdu-and-rru; https://bigbrotherwatch.org.uk/campaigns/ministry-of-truth/#overview
United States	Foreign Malign Influence Center	Administrative Unit	www.odni.gov/index.php/ncsc-what-we-do/340-about/organization/foreign-malign-influence-center

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Mai 2024

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Upgrade Democracy

www.upgradedemocracy.de

Autorinnen

Clara Iglesias Keller
Charlotte Freihse
Cathleen Berger

Verantwortlich für die Publikationsreihe

Cathleen Berger
Co-Leitung Upgrade Democracy
cathleen.berger@bertelsmann-stiftung.de
www.upgradedemocracy.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Charlotte Freihse
Projektmanagerin Upgrade Democracy
charlotte.freihse@bertelsmann-stiftung.de
www.upgradedemocracy.de
www.bertelsmann-stiftung.de

Design

nach morgen

Übersetzung aus dem Englischen

Lara Wagner

Zitationshinweis

Keller, Clara Iglesias, Charlotte Freihse, Cathleen Berger. 2024. *Staatliche Maßnahmen gegen Desinformation: Auf dem Weg zu einer resilienten und gesunden Öffentlichkeit*. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh. DOI 10.11586/2024065

DOI-Nummer

10.11586/2024065